



GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 03, April 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Großmannsucht

Wir decken auf, warum die Kassen leer sind

Jahrelang haben die Stadtväter tief in die Tasche gegriffen und vor allem für Prestigebauten viel ausgegeben. Heute hat die Stadt eine Milliarde Euro Schulden. Ein Stadtrundgang führt zu den Objekten der Verantwortungslosigkeit.

Seite 2/3



Der April macht zwar, was er will. Den hübschen Blumen kann er aber nichts anhaben, welche die Wirtschaftsbetriebe im Frühjahr quer durch Graz pflanzen. Sie erfreuen die Grazerinnen, Grazer und Gäste mit der bunten Pracht des Frühlings.

FOTO: STADT GRAZ-WIRTSCHAFTSBETRIEBE/FISCHER

AUSVERKAUF GEHT WEITER:

Das Geschäft mit dem Müllberg S. 7

STADT GEKLAGT:

Das Nachspiel beim Kommod-Haus S. 9

ÖH-WAHL 22. - 24 März :

 **KSV wählen!**

S. 13

Das kann doch nicht sein:
In Graz haben wir schon mehr Spielhöllen als Kindergärten!



Wohnungstadträtin
ELKE KAHR
Helfen statt reden

KPO

www.kpoe-graz.at

Murinsel ok?

Wir haben die Grazerinnen und Grazer gefragt, was sie von unserer Murinsel halten und wie oft sie dort zu Gast sind.

Abends, beim Spazierengehen, besuche ich die Murinsel manchmal. Trotz der hohen Kosten finde ich, dass Graz hier gut investiert hat. Solche Projekte sind als Touristenattraktion einfach wichtig. (Dr. Simone Schittegg, Ärztin)



Die Murinsel ist mir, wie bestimmt den meisten anderen Grazern auch, ein Dorn im Auge. Ich halte sie für hinausgeworfenes Geld.

Es ist ohnehin nichts los hier! Ich selbst besuche die Murinsel nie. (Aloisia Grinschgl, Pensionistin)

Ich sehe die Murinsel als Bereicherung der Stadt. Warum die meisten Grazer die Insel nicht annehmen? Meiner Meinung nach müsste das Café im Inneren freundlicher gestaltet und damit die Atmosphäre verbessert werden. (Mag. Klaus Buchner, Manager)

Diese Frage zu beantworten, fällt mir schwer. Ich denke, solange auch nur ein Mensch verhungert, ist jeder in Kultur investierte Euro zu viel. Andererseits hat schon Bert Brecht festgestellt, dass der Mensch ohne Kultur auch nicht leben kann. (Dr. Wolfgang Franthal, Arzt)

Ich bin nicht der Typ, der solche Lokale besucht. Als Idee für die Kulturhauptstadt habe ich die Errichtung der Murinsel recht gut gefunden. Die Insel ist ja schön anzuschauen. Aber was sie für einen Nutzen hat, das weiß ich wirklich nicht! (Markus Mauer, arbeitslos)



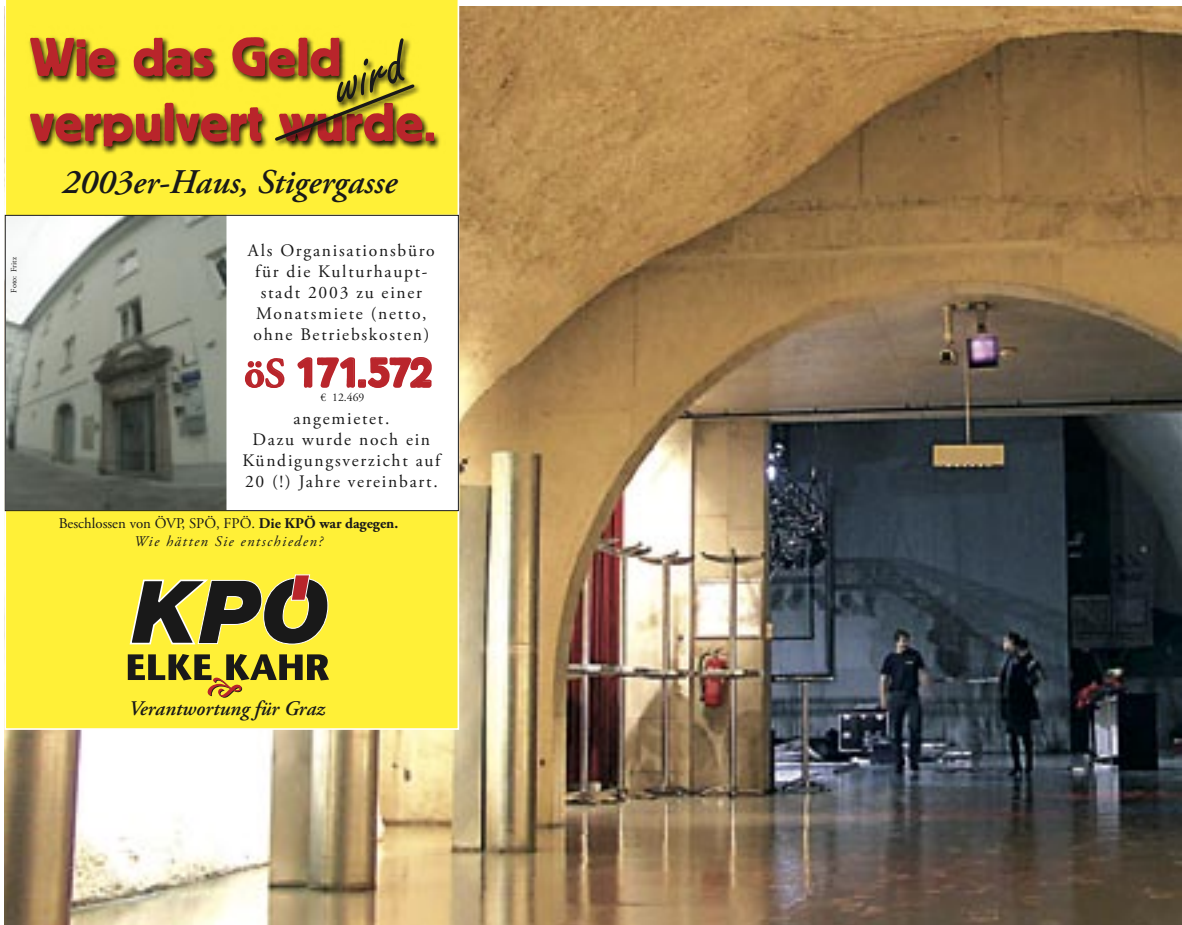
Wie das Geld *wird* verpulvert wurde.
2003er-Haus, Stigergasse

Als Organisationsbüro für die Kulturhauptstadt 2003 zu einer Monatsmiete (netto, ohne Betriebskosten)

€S 171.572
€ 12.469
angemietet.
Dazu wurde noch ein Kündigungsverzicht auf 20 (!) Jahre vereinbart.

Beschlossen von ÖVP, SPÖ, FPÖ. Die KPÖ war dagegen.
Wie hätten Sie entschieden?

KPÖ
ELKE KAHR
Verantwortung für Graz



KPÖ BIETET STADTRUNDGANG MIT ELKE KAHR UND Leere Stadtkasse: Der Verschwe

Stadthalle, Kunsthaus, Murinsel, Grazer Messe, Kulturhauptstadt – womit sich die Stadt einst ins Rampenlicht katapultierte, sorgte für einen Schuldenstand, der kaum Neues zulässt. Ein Stadtrundgang führt zu den Symbolen der Großmannsucht.

Graz hat eine Milliarde Euro Schulden. Jede Grazerin und jeder Grazer müsste 2.180 Euro zahlen, um den Schuldenstand der Stadt komplett zu begleichen. Die Ursache dafür liegt zum Gutteil an Prestigeprojekten, an denen die Stadtregierung zu nagen hat. Nun organisiert die Grazer KPÖ einen Stadtrundgang mit Elke Kahr und Ernest Kaltenegger, der zu jenen Orten führt, die

DIE TERMINE:

Ein Stadtrundgang der anderen Art zu dem wir unsere Leserinnen und Leser herzlich einladen.

Wer daran (kostenlos) teilnehmen möchte, hat zwei Möglichkeiten: Am Samstag, **28. April** oder Samstag **5. Mai**. Treffpunkt ist jeweils um 15 Uhr am Hauptplatz vor dem Rathaus.

Info: Tel. 71 24 79.

der Stadt und unserem kommunalen Geldsäckel zu schaffen machen.

Eine wichtige Station dieses Rundganges ist das Kunsthaus. Die Blase, die eigentlich blau sein sollte, hat gut 55 Millionen Euro verschlungen; davon hat 26 Mio. Euro die Stadt locker gemacht. Alleine 8,5 Millionen Euro kostete der Grundstücksankauf. Die KPÖ warnte damals vor den Bau- und Fol-

gekosten in Millionenhöhe, die der Stadt nun ins Geld gehen. Die Warnungen wurden von ÖVP, SPÖ und FPÖ in den Wind geschlagen.

Nahe dem Kunsthaus steht am Mariahilferplatz das ehemalige 2003-Hauptquartier, in dem nun unter anderem Ämter der Stadt daheim sind. Das Haus wurde von der Stadt bis 2023 gemietet – um sage und schreibe drei Millionen Schilling pro Jahr. In Summe wird die Stadt dafür mit Wertanpassung gut fünf Millionen Euro (mehr als 60 Millionen Schilling) überweisen. Obwohl man in der Mariahilferstraße gleich neben dem Kunsthaus zwei Häuser in Stadtbesitz nachhaltig günstiger renovieren hätte können.

Die Kulturhauptstadt hat überhaupt ein gewaltiges Loch in der Stadtkasse gerissen: Rund 19 Millionen Euro hat die Stadt zum Programm beigesteuert.

Wie das Geld *wird* verpulvert wurde.

Tiefgaragen



Eine kleine Preissenkung sollte mehr PKWs in die Innenstadt bringen. Die Tiefgaragenbesitzer wurden mit **€ 4.941.734** öS 67.999.742 gefördert.

Jede zusätzliche Einfahrt kostete die Stadt **öS 200** € 14,85

Beschlossen von ÖVP, SPÖ, FPÖ. Die KPÖ war dagegen. Wie hätten Sie entschieden?

Der Dom im Schloßberg ist ein extravaganter Veranstaltungsort. Billig war er freilich nicht. Er hat so wie der Schloßberglift oder die Stadthalle ein tiefes Loch in die Stadtkasse gerissen. Die Grazer KPÖ informiert nun mit einer Plakatserie an den jeweiligen Orten, „wie das Geld verpulvert wurde“.

ERNEST KALTENEGGER AN ndung auf der Spur

Von Land und Bund kamen übrigens auch jeweils 19 Millionen Euro – in Summe hat allein das Programm des Kulturjahres 58 Millionen Euro (800 Millionen Schilling) gekostet.

Unterhalb des 2003-Hauses schwimmt die Murinsel. Hinter dem stählernen Bauwerk stand die Idee, den Grazern die Mur als Lebensraum schmackhaft zu machen. Das gelang erst mit der Murpromenade, die mit 1,6 Millionen Euro geradezu günstig war gegen die 5,6 Millionen schwere Insel, auf der sich so selten jemand aufhält, dass das Inselcafé schon mehrmals den Betreiber wechselte. Zuletzt warf bekanntlich der sonst recht findige Aiola-Wirt das Handtuch, nachdem er feststellen musste, dass in seinem Café mehr Postkarten abgesetzt wurden als Getränke.

Marschiert man weiter auf die linke Murseite, ist es ein Katzensprung bis zum Schloß-

bergstollen, in dessen Mitte der rund 4 Millionen teure Dom im Berg abzweigt.

Über den 2002 um mehr als 9 Millionen Euro in Stand gesetzten Hauptplatz, auf den der amtierende Bürgermeister aus seinem um 300.000 Euro großzügig renovierten Büro blickt, geht es weiter in Richtung Süden, wo bei der Messe die nächsten Meilensteine der Großmannsucht vergangener Jahre zu sehen sind: Die Baukosten der 2002 eröffneten Stadthalle wuchsen auf über 43 Millionen Euro an. Rund 17 Millionen kamen von der Stadt, der Rest vom Land.

Wer an Stadtrundgängen mit Elke Kahr und Ernest Kaltenegger nicht teilnehmen kann, erhält weitere Informationen unter Tel. 872 21 53. Hier kann auch ein informatives Flugblatt angefordert werden!



MEINUNG

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr:

Wie hätten Sie entschieden?

Verantwortung für Graz bedeutet nicht, zu jedem Großprojekt „Ja und amen“ zu sagen. Man muss abwägen, was sich die Stadt leisten kann – und man muss zusätzliche Belastungen in Millionenhöhe zurückstellen, wenn sie auf Kosten der sozialen Entwicklung gehen.

Davon lässt sich die KPÖ bei ihren Entscheidungen leiten. Überzeugen Sie sich selbst: Wir sind keine Nein-Sager-Partei, sondern haben immer wieder vor finanziellen Abenteuern gewarnt. Als wir uns gegen den Verkauf der Energiebereiche der Stadtwerke stemmten, wurden wir als Verhinderer hingestellt. Heute ist angesichts der Finanzmisere der Stadtwerke mit ihren Verkehrsbetrieben den meisten klar, dass der Verkauf ein Fehler war.

Diese Haltung gefällt den Verantwortlichen für so manche Fehlentscheidung ganz und gar nicht. Sie war und ist aber im Interesse der Bevölkerung.

Gehen Sie mit uns Projekt um Projekt durch: Von der Tiefgaragenförderung über das Kunsthaus, die Stadthalle, die Murinsel, das ehemalige 2003-Haus in der Stigergasse, den Dom im Berg, die neue Messehalle oder das neue Bürgermeisterbüro – überall griff und greift die Stadt tiefer in die Tasche, als diese gefüllt ist.

Die KPÖ hat dazu Nein gesagt, weil wir der Meinung sind, dass sich die Stadt Graz in ihrer schwierigen Budgetlage auf die Kernaufgaben einer Stadtverwaltung konzentrieren soll.

Es darf doch nicht sein, dass für den Ankauf von Grundstücken für den sozialen Wohnbau kein Geld mehr da ist. Der Weg einer sozialen Stadtentwicklung sollte nicht durch eine Verschwendungspolitik behindert werden!

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060
elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Die Gastgarten-Saison ist eröffnet: Viele Gäste werden im Grünen bis zum Abend blau. Die Anrainer ärgern sich in der Nacht grün und blau...

INHALT

Müllentsorgung Graz.....	4
Bad Eggenberg ohne Zukunft	7
Rettung für Kino im Augarten	8
Schule ohne Parteibuch	8
Kaltenegger zum Glücksspiel	10
Volksanwalt für Steiermark...	11
Bangen um Böhler.....	12
Der Studenten-Boycott.....	13
Leiharbeit und Co: Frust statt Lust am Arbeitsmarkt	14/15
Lasterhaftes Leben trotz der Gesetze des Vaters.....	16
AMS: Arbeit zum Nulltarif....	17
Service: Maklermethoden ...	19
Aus den Bezirken	20/21



Die Stadt soll bei der Müllentsorgung das Sagen haben, fordert die KPÖ. Das brächte Einnahmen für die Stadtkasse.

FOTO PHILIPP

JETZT WIRD AUCH NOCH DIE GRAZER ABFALLENTSORGUNG PRIVATISIERT

Müllentsorgung soll bei Stadt bleiben!

Die Stadt übergibt den Müllentsorger AEVG an die Stadtwerke. Der Einfluss der Stadt steht dann nur noch am Papier, höhere Tarife sind nur eine Frage der Zeit.

Unter Federführung von ÖVP und SPÖ hat die Stadt ihre Anteile am Müllentsorger AEVG an die Stadtwerke weitergereicht. Die KPÖ war und ist dagegen. Anstatt weitere Bereiche der Stadt zu verscherbeln und Einfluss abzugeben, sollte die Stadt besser die gesamte AEVG übernehmen.

„Der Einfluss auf die Müllgebühren geht verloren. Die Beschwichtigungen, dass sich eigentlich nichts ändere, stimmen einfach nicht“, ist Elke Kahr sicher. Schützenhilfe kommt von KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt, ein In-

sider bei den Stadtwerken: „Wir befürchten, dass die Tarife steigen und das Unternehmen letztendlich in privatwirtschaftlicher Form geführt wird. Und das kann für die Grazer teuer werden.“ Anstatt Anteile der AEVG zu verkaufen, sollte diese besser komplett der Stadt gehören, meint die KPÖ.

51 Prozent hielt die Stadt am Unternehmen, die restlichen 49 gehörten den Grazer Stadtwerken, die sich entsprechend den Plänen von Finanzstadtrat Wolfgang Riedler nun über den Rest freuen dürfen; die Stadt behält gerade noch

1%. Ein einziger verbleibender Aufsichtsrat soll den Einfluss der Stadt sichern. „Aber der steht unter einem enormen Druck, wenn er allein gegen alle anderen gegen höhere Tarife stimmen müsste“, meint Elke Kahr.

Die KPÖ sieht überhaupt keinen Sinn im Verkauf der AEVG. Vielmehr besteht man darauf, die Anteile der Stadtwerke rückzuführen. „Die Stadt darf die Abfallwirtschaft nicht aus der Hand geben“, sagt Wirtschaftsbetriebsstadträtin Wilfriede Monogioudis. So steht für Klubobmann Schmalhardt in weiterer Folge das Zerschlagen der Stadtwerke im Raum.

Die AEVG bekommen von der Stadt 21 Millionen Euro pro Jahr, um den Restmüll und Klärschlamm zu entsorgen. Wenn ein neuer Eigentümer die Müllgebühren erhöhen sollte, könnte die Stadt nicht einmal schnell den Entsorgungsbetrieb wechseln, da die Kündigungsfrist fünf Jahre beträgt.



Protest gegen AEVG-Verkauf: KPÖ-Stadträtinnen Elke Kahr, Wilfriede Monogioudis.

NEUE GEMEINDEWOHNUNGEN

Schöner wohnen im Altbau

Wenig Einkommen und dennoch gut und günstig wohnen – kein Problem dank der Sanierungsoffensive der Stadt. KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr übergab in der Moserhofgasse 17 neue Gemeindewohnungen im hergerichteten Altbau.

Das Wetter war wie bestellt zu einem erfreulichen Anlass: Bei strahlendem Sonnenschein übergab die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr gemeinsam mit Landesrat Johann Seitinger neun generalsanierte Gemeindewohnungen an die künftigen Mieterinnen und Mieter. Mit Förderungsmitteln des Landes Steiermark konnte das städtische Wohnhaus Moserhofgasse 17 in einer Bauzeit von zwölf Monaten komplett saniert werden.

Aus ursprünglich 17 wurden neun geräumige Wohnungen mit einer Größe bis zu 90 m², die mit einer Raumhöhe von fast vier Metern und den hellen Zimmern ein ganz besonderes Wohngefühl vermitteln. Die Wohneinheiten ver-

fügen über Balkone, sind mit Fernwärme umweltfreundlich beheizt und mit zeitgemäßen Bädern ausgestattet.

„Es freut mich besonders, dass wir Dank der Förderung des Landes in der Lage sind, unseren Mietern auch Wohnungen in neu sanierten Altbauten anzubieten“, so die KPÖ-Wohnungsstadträtin bei der Übergabe an die erfreuten Mieter. Besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wohnungsamtes, die mit viel Einsatz und Einfühlungsvermögen die erforderlichen organisatorischen Arbeiten leisten.

Das von Ernest Kaltenegger eingeleitete Sanierungsprogramm der Grazer Gemeindewohnungen geht auch unter seiner Nachfolgerin Elke Kahr weiter: Mchtschblock, Schönaugürtel oder Tannhofweg sind nur einige der Stationen für 2007.

Die Stadt verfügt über rund 10.500 Gemeindewohnungen. Derzeit stehen rund 1.350 Menschen auf der Warteliste. Seit 1998 ist die KPÖ für die Gemeindewohnungen zuständig. Bei der Übernahme machte die Wartezeit noch drei Jahre aus – sie konnte inzwischen deutlich gesenkt werden.



ERFOLGSBILANZ

Seit 1998 ist die KPÖ für die 10.500 Gemeindewohnungen in Graz zuständig. Seither wurde viel für die Mieter erreicht.

Mehr als 700 Wohnungen der niedrigsten Kategorien (WC oder Wasser am Gang) verfügen nun über zeitgemäße Nasszellen.

Rund 500 Wohnungen in 62 Häusern wurden saniert, sodass nun etwa 94% der Gemeindewohnungen den guten Kategorien A und B angehören. Kein Wunder, dass sich 93% von 500 befragten Mietern mit ihrer Gemeindewohnung zufrieden zeigten.

Die Mieten der städtischen Wohnungen sind um fast die Hälfte niedriger als am Privatmarkt.

Die Wartezeit hat sich von mehr als drei Jahren stark verringert.

Hilfe. Rasch und unbürokratisch.

Mieternotruf
71 71 08

ELKE KAHR

KPÖ



KPÖ-Initiative

Wohnen am Kasernengrund

Mindestens 1200 Gemeindewohnungen mehr braucht die Stadt, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Deshalb hatte die Grazer KPÖ die Idee, frei werdende Kasernengründe für sozialen Wohnbau zu nutzen; die Kirchner- und Hummelkaserne werden ja

geräumt. Die Aktion war ein großer Erfolg, tausende Grazer haben unterschrieben, dass die Stadt die Kasernengrundstücke für sozialen Wohnbau bekommt.

Neo-Minister Norbert Darabos ließ wissen, dass er die Anfrage erhalten habe und dass ihm soziale Anliegen immer ein persönliches Anliegen seien. Dennoch richtete der SPÖ-Minister aus, dass die Immobiliengesellschaft, die für das Verwerten der Kasernengrundstücke zuständig sei, „eine bestmögliche Verwertung durchführen muss“. Aber es liege an der Stadt Graz, durch entsprechende Widmungen sozialen Wohnbau zu ermöglichen.

FRÜHJAHRSPUTZ Graz ist eine saubere Stadt

200 Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe bemühen sich rund um die Uhr, die Stadt sauber zu halten. Den Winterputz haben sie dank des milden Winters früher als geplant abgeschlossen.

Das nahezu 900 km lange Grazer Straßennetz war bereits vor Ostern das erste Mal durchgängig gereinigt!

Bereits im Jänner waren – bedingt durch den milden Winter – neun Kehrmaschinen und ein Waschwagen im Einsatz. Ab Mitte Februar war es sogar schon möglich, den Einsatz der Fahrzeuge auf drei Schichten auszudehnen.

Seit Mitte März sind alle Winterdienstfahrzeuge wieder umgerüstet. Nun fahren 20 Kehrmaschinen und 10

Waschwägen im vollen Einsatz durch die Stadt. Mit einem Halteverbotsprogramm werden sowohl am Tag als auch in der Nacht jene Straßen gereinigt, die auf Grund parkender Autos sonst schwer zugänglich sind.

Auch neben den Straßen tut sich viel: Im Graz werden wöchentlich 15.000 Papierkörbe entleert!

6.000 Tonnen Abfälle werden pro Jahr auf den öffentlichen Flächen in Graz eingesammelt.

Paradies für Kinder.
Der neue Spielplatz am Ragnitzbach: Bei der Gestaltung wirkten diesmal echte Profis mit: die Kinder. Bei der Eröffnung: Str. Wilfriede Monogioudis (KPÖ) und BR Norbert Ettl.



28 NEUE STADTPARK-BÄUME: GUTE ARBEIT FÜR GRAZ

Allee grünt in neuer Pracht

Neue Bäume für den Stadtpark: Schneller als geplant ist die Montclair-Allee fertig. Bessere Baumpflege erhöht künftig die Gesundheit und Lebenserwartung der Grazer Bäume.



Die neu bepflanzte Montclair-Allee aus luftiger Höhe.

Wir haben die Mannschaft sowie die eingesetzten Geräte in der Baumpflege verdoppelt. Die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte können nicht mehr passieren“, freut sich Wilfriede Monogioudis bei der Eröffnung der „neuen“ Montclair-Allee. 28 neue Rosskastanien wurden nicht nur schneller als geplant gepflanzt, zusätzlich wird in Zukunft auf die Baumpflege mehr Wert gelegt als bisher. Zeitgemäße Pflegemaßnahmen erhöhen die Gesundheit und damit die Lebenserwartung der Bäume.

Aus drei Teilen besteht die Sanierung der zentralen

Dammallee – zwei davon sind nun vollendet. In der Montclair-Allee wurden 39 stark geschädigte Rosskastanien durch 28 junge Bäume ersetzt. Ein größerer Abstand bringt mehr Platz für die Wurzeln und mehr Licht für die Bäume, was sich auf Wuchs und Lebenserwartung positiv auswirkt.

Die acht Baumpfleger der Wirtschaftsbetriebe sind für 20.000 Bäume in Parks, Alleen und anderen öffentlichen Flächen zuständig. Etwa 1% der Bäume muss pro Jahr ersetzt werden; die durchschnittliche Baumlebensdauer beträgt in Graz 100 Jahre.

ES TUT UNS LEID, DASS...

...wir in unserer letzten Ausgabe berichtet haben, die Grünen hätten sich für die millionenschwere Subvention der Therme Blumau ausgesprochen. Die Grünen waren wie die KPÖ dagegen. Allerdings stimmten sie gegen einen Antrag der KPÖ betreffend einer

Beteiligung des Landes – falls die Kredite erlassen würden.

...wir in unserer letzten Ausgabe bei einem Artikel zu „Pensionen“ das Foto einer Grazerin verwendet haben, die damit keine Freude hatte. Wir entschuldigen uns.

SCHWIMMER LAUFEN DAVON

Bad Eggenberg ohne Zukunft?

Schock für Graz: Das Eggenberger Bad vergammelt weiter, weil das zugesagte Geld vom Bund nicht kommt. SPÖ und ÖVP denken an Spatenstich als Wahlkampfzuckerl, ohne zu wissen, wie es danach weiter geht.

Als Bundeskanzler Alfred Gusenbauer im Februar in Graz weilte, ließ er sich für den Koralm- und den Semmeringtunnel feiern. Gleichzeitig hieß es, dass für andere Dinge kein Geld mehr da sei. Etwa für das neue Eggenberger Bad. Für Josef Schmalhardt ein Hohn. „Der Bund hat im Juli 2006 zugesichert, sich an den Kosten zu beteiligen“, so der KPÖ-Klubchef. Sein Dringlicher Antrag im Gemeinderat, wonach man die Bundesregierung auffordert, die Millionen im Budget 2007/2008 einzuplanen, wurde einstimmig angenommen.

Und auch ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl und SPÖ-Vizebürgermeister Walter Ferk wollen das neue Bad gebaut sehen. Sie sprechen vom Baubeginn vor der Ge-

meinderatswahl im Jänner 2008. Allerdings sei erwähnt, dass man das neue Bad schon 2003 um 23 Millionen Euro bauen wollte. Die ersten Pläne stammen gar aus dem Jahr 1996. Alle Projekte scheiterten immer am Geldmangel.

Auch jetzt ist nur der 6,45-Millionen-Anteil der Stadt gesichert. Und die Stadtwerke werden 12 Millionen Euro für eine „Wellness-Oase“ ausgeben. 13 Millionen von Land und Bund sind noch mehr oder weniger offen, wobei alle Verantwortlichen meinen, „das wird sich schon ausgehen“. Vor allem Ferk lehnt sich weit aus dem Fenster, hat er doch schon vor der letzten Gemeinderatswahl 2003 getrommelt, dass das neue Bad komme.

Mit dem anvisierten Baube-



ginn noch vor 2008 ist nun eine Latte gelegt, an der man messen kann, was die Worte von Bürgermeister Nagl und seinem Vize Ferk wert sind. Das Bad Eggenberg ist übrigens 33 Jahre alt. Vor allem das Hallenbad ist in einem traurigen Zustand.

KPÖ-Klubobmann Sepp Schmalhardt: Dringlicher Antrag für Bad Eggenberg.



AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Rezeptgebührenbefreiung

Mehr als 726,- Euro (bei schwerer Krankheit 832,90) darf man als Alleinstehende/r nicht verdienen, um von der Rezeptgebühr befreit zu werden. „Zu wenig angesichts der jährlich steigenden Rezeptgebühren“, betont Gemeinderätin **Kirsten Felbiger**. Die KPÖ-Mandatarin drängte in einer Anfrage an Bürgermeister Nagl darauf, dass die Einkommensgrenzen für Rezeptgebührenbefreiungen angehoben werden.



Rezeptgebühr macht Medizin zum Luxus für Einkommensschwache. Die KPÖ macht sich auch für günstigere Medikamente stark.

Gemeinderat im Oktober 2006 einstimmig beschlossen hatte, sofort wegen eines anderen Standortes zu verhandeln, kam es am Ostbahnhof nie zu einem Baustopp. Das scheint

verdächtig. KPÖ-Gemeinderat **Johann Slamanig** forderte bei Bürgermeister Nagl Information über die Verhandlungen ein.



Im Regen stehen...

...müssen alle Fahrgäste, die an der GVB-Haltestelle

Schippingerstraße auf den Bus Nr. 67 stadteinwärts warten. KPÖ-Gemeinderätin **Gerti Schloffer** machte sich für ein Wartehäuschen stark.

Stadtmarketing

850.000 Euro gab die Stadt pro Jahr für das Vermarkten vorwiegend der Innenstadtbetriebe durch die Handelsmarketing GmbH aus. Das Hauptprojekt war der Graz-Bonus,

der den Einkaufenden diverse Vergünstigungen brachte.

Mit der Marketing-Gesellschaft ist nun zu Jahresende Schluss (nicht mit dem durchaus sinnvollen Graz-Bonus). Das Marketing soll zukünftig Graz-Tourismus übernehmen. „Billiger kann es damit aber nicht werden“, ließ Wirtschaftsstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg wissen.

KPÖ-Gemeinderätin **Ina Bergmann** lehnt eine Verteuerung vehement ab. „Der Sinn einer solchen Zusammenlegung muss doch



sein, Kosten zu senken und damit Steuergelder zu sparen“, zeigt sie sich verständnislos. Höhere Ausgaben

kommen für die KPÖ nicht in Frage.



Gasverladestation Ostbahnhof

Obwohl der

Gibt es eine Rettung für das Kino im Augarten?

Das Grazer Programmkinos KIZ soll einem Wohn- und Geschäftsgebäude weichen. Die KPÖ kämpft für einen Verbleib des Kinos im Augarten am derzeitigen Standort.

Nach massivem Druck der kulturinteressierten Bevölkerung zeichnet sich eine Rettung des Kinos im Augarten ab. Das Programmkinos soll bleiben, der Bebauungsplan für das ehemalige Kinderfreund-Areal kommt nicht in den Gemeinderat, bevor die Zukunft des Augartenkinos KIZ nicht gesichert ist.

Schon am 2. März beschloss der Stadtsenat mit den Stimmen von KPÖ und SPÖ und gegen die ÖVP, dass das KIZ eine Förderung von 35.000 Euro nicht zurückzahlen muss, solange der Rechtsstreit um das Kino – es läuft eine Räumungsklage – nicht abgeschlossen ist.

Das Areal wurde 1931

Der Kampf um die Zukunft des Augartenkinos ist noch nicht zu Ende.



von den Kinderfreunden für ca. 4000 Schilling gekauft und 2003 für 1,5 Mio. Euro verkauft. Nun soll hier ein Wohn- und Geschäftsgebäude entstehen. Technisch sei die Integration des KIZ in das Bauprojekt schon möglich, bestätigte Fritz Gande, Chef der

Bauträger-GmbH SOB. Aber man verlangt von der Stadt Graz circa eine Million Euro für den Rohbau des Kinos. Dazu kämen weitere Kosten für die Ausstattung und der „neue“ Mietvertrag würde wesentlich teurer werden.

In den vergangenen Jahren

sind in Graz Millionen für Großprojekte ohne Nachhaltigkeit verpulvert worden sind. „Jetzt muss ein Weg gefunden werden, damit die Zukunft des niveaulleren Programmkinos an diesem Standort garantiert ist“, betont KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

ERSTE BILANZ

Schule ohne Parteibuch

Als Zünglein an der Waage sitzt Andreas Fabisch im Kollegium des Landesschulrats. Er ortet zu viel Parteipolitik im Schulwesen und wünscht sich Direktoren auf Zeit.

Sieben ÖVP, sieben SPÖ und sein Mandat KPÖ – so lautet die Zusammensetzung des Kollegiums des Landesschulrates, dem der Lehrer Andreas Fabisch für die KPÖ angehört. Das Kollegium ist vor allem für den Dreivorschlag für neu besetzte Direktorenstellen zuständig.

Da ortet Andreas Fabisch zu viel Parteiwirtschaft. „Es gibt ein Assessment vor einer Jury, dann das Hearing für die Schulen und andere klare Kriterien für die Beurteilung. Aber diese Punkte werden gerne

jeweils so gewichtet, dass die gewünschten KandidatInnen an die erste Stelle kommen.“

Die Schulen sind meist in rot und schwarz aufgeteilt. Einen Direktor ohne Parteibuch? „Die sind extrem selten“, meint der Lehrer und hofft auf parteilose Kandidaten – die im derzeitigen System schlechte Chancen haben. Durch die wachsende Schulautonomie ist eher zu befürchten, dass auch Lehrerbestellungen über das Parteibuch abgewickelt werden. Dann wären ganze Schulen eingefärbt; eine de-

mokratisch bedenkliche Entwicklung.

Fabisch denkt an weitere Verbesserungen im Schulsystem. Etwa durch die Besetzung von Direktorenposten auf Zeit. Außerdem fordert er einen Ausbau der schulpsychologischen Betreuung – ein Sprechtag pro Woche sollte ab der 5. Schulstufe möglich sein – und an kostenlose regionale Förderstellen für Kinder mit Schreib- und Leseschwächen. Und die Lehrerwarteliste dürfe nicht so oft umgangen werden: „Die Wartezeit ab Beendigung der Ausbildung ist der einzig objektive und transparente Faktor, der gewertet werden sollte. Es kann nicht sein, dass ältere Lehrer bis zu 15 Jahre

Gemeinderat Andreas Fabisch vertritt die KPÖ im Landesschulrat.



auf die erste Fixanstellung warten müssen.“

Fabisch ist im Kollegium das Zünglein an der Waage. Gegen Abgesprochenes hat er da keine Chance – wie bei der Wahl des Schulratspräsidenten. Nur Fabisch war dagegen, weil Wolfgang Erlitz gleichzeitig Bundesrat geworden ist: Erst durch die Doppelfunktion und 11.800 Euro pro Monat konnte man SPÖ-Mann Erlitz den Verzicht seines Landesratspostens schmackhaft machen; der Schulrats-Chef bekommt „nur“ rund 7.900 Euro.

BRENNPUNKT ALTSTADTSCHUTZ

Nachspiel bei Kommod-Haus

Groteske beim Kommod-Haus: Im Kulturhauptstadtjahr wurde das denkmalgeschützte Haus geschleift. Jetzt wird entschieden, ob der Abbruchbescheid aufgehoben wird. Der Ex-Kommod-Pächter klagt Stadt und Vorbesitzer auf 803.450 Euro.



Im Kulturhauptstadtjahr 2003 ließ die Immobilienfirma WEGRAZ das denkmalgeschützte Kommodhaus dem Erdboden gleich machen. In der Sackstraße zeigt sich die WEGRAZ von einer besseren Seite und will herrichten statt abreißen.

Wir waren immer wegen den Abbruch und haben uns dabei von keiner Seite durch irgendwelche Drohungen einschüchtern lassen. Und das wird es auch jetzt nicht spielen.“ Wenn es ums Kommodhaus geht, kennt Wohnungsstadträtin Elke Kahr keinen Spaß. Als es 2003 um den Abriss des beliebten Lokalstandortes im denkmalgeschützten Bau ging, stemmte sich die KPÖ vehement dagegen. Das Ergebnis des Bemühens ist das neue Altstadtgesetz, das hoffentlich bald beschlossen wird.

Aber noch vorher kommt es beim Kommod-Haus zum Nachspiel. Ex-Pächter Helmut Pfundner klagt die Stadt und jenen Vorbesitzer, von dem er ursprünglich seine Lokalflächen für Kommod und Triangel gemietet hatte, auf 803.450 Euro Verdienstentgang. Und noch ein Streit ist im Gange: Das Haus gehörte zuletzt zu 99 Prozent der Immobilienfirma WEGRAZ des Anwalts Reinhard Hohenberg. Das letzte Prozent gehört einem Grazer Uni-Professor, der seit 2005 nach einem Höchstgerichtsurteil im Grundbuch steht. Und der will nicht Hohenbergs modernen Neubau verwirklicht sehen – der Entwurf stammt von Stararchitektin Zaha Hadid – sondern das alte Haus neu aufgestellt wissen.

Und weil sich durch besagtes Urteil des Höchstgerichts die Be-

sitzverhältnisse geändert haben, ist auch der Abbruchbescheid aus dem Jahr 2003 nicht mehr gültig, welcher der WEGRAZ den Abriss ermöglichte. Nun muss die städtische Berufungskommission nochmals über den Abriss entscheiden. Die KPÖ wird

dort – wie schon 2003 – gegen den Abbruch stimmen.

Besser schaut es um das Haus in der Sackstraße 28/30 aus, das ebenfalls der WEGRAZ gehört. Lang wollten Gerüchte nicht verstummen, wonach der ebenfalls denkmalgeschützte

Bau dem Verfall Preis gegeben wird und ebenfalls dem Bagger zum Opfer fallen sollte. Nun ist aber lobenswerter Weise daran gedacht, viel zu erhalten und das Haus abgestimmt mit der Altstadtkommission umzubauen.

FERIENSPAß 2007 mit Kinderland

Steiermark



Feriendorf
am Turnersee Südkärnten

**Bestellen sie
unseren
Ferienkatalog**





Kinderland-Villa
in St. Radegund

FERIENBÜRO GRAZ
0316/829070
www.kinderland-steiermark.at
office@kinderland-steiermark.at

Allerhand
aus dem Steirerland

Steuer auf Medikamente

Mit 20% ist der Steuersatz auf Arzneimittel in Österreich der zweithöchste in der EU; nur Dänemark liegt mit 25% darüber, die meisten EU-Länder kassieren 10%. „Es ist nicht verständlich, dass man für Kaviar oder Austern nur 10% Steuern zahlt und für lebenswichtige Medizin doppelt so viel“, meint KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker und fordert die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf rezeptpflichtige Medikamente.

Sackgasse

Das Doppel-Landesbudget ist alles andere als ein Ruhmesblatt. Sogar ÖVP-Finanzlandesrat Christian Buchmann hat damit keine Freude, weil der „ernsthafte Sparwille“ fehlt. Für KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker ist das Doppelbudget 2007/08 ein Weg in die Sackgasse. Mit dem geplanten Verkaufen und Rückmieten von Immobilien und dem Griff in die Wohnbauförderung schaffe man Probleme und löse sie nicht.

Fußballmisere

Sturm hat das Ausgleichsverfahren hinter sich, der GAK ist auch bald soweit. Für beide Klubs hat das Land mit 1,5 Millionen Euro gehaftet. Eine Prüfung hat ja ergeben, dass das risikolos möglich sei. Mit der Finanzmisere der Klubs wird die Haftung nun fällig. Die KPÖ warnte schon damals davor.

Tarifbeirat

2007 sind die Kosten für elektrische Energie empfindlich gestiegen. Die Stromabrechnungen sind unübersichtlich wie eh und je. KPÖ Labg. Werner Murgg fordert die getrennte Ausweisung von Netz- und Energiekosten auf Stromrechnungen, und zwar so, dass sie allgemein verständlich sind. Ein Tarifbeirat des Landes könnte hier regulierend eingreifen und auch für die Auszahlung des vom Landtag beschlossenen Strombonus sorgen.

GLÜCKSSPIEL – ES GEHT UM VIEL GELD!
„Problem nicht herunterspielen“

Das sogenannte Kleine Glücksspiel ist für tausende Steirer ein Riesenproblem. KPÖ-Abgeordneter Ernest Kaltenecker im Gespräch zu Spielsucht, zu enormen Geldverlusten und Hilfsmöglichkeiten.

Herr Kaltenecker, wie beurteilen Sie die Situation um das legale Glücksspiel in der Steiermark?

KALTENECKER: Die Steiermark gehört zu den vier Bundesländern, in denen das sogenannte „Kleine Glücksspiel“ zugelassen ist. Mit der Vorgabe eines maximalen Einsatzes von 50 Cent und einem Höchstgewinn von 20 Euro pro Spiel hoffte der Gesetzgeber, ein Ausufer zu verhindern. Die Absicht ist völlig gescheitert: Durch wenige Handgriffe am Automaten lassen sich die gesetzlichen Vorgaben sehr einfach umgehen und statt der 50-Cent-Münze wandert

gleich ein 100-Euro-Schein in den Automaten. Die Auswirkungen sind fatal.

Was passiert?

KALTENECKER: Zuerst wird das eigene Geld verspielt, dann werden Verwandte und Freunde angepumpt, im Extremfall führt der Weg in die Beschaffungskriminalität. Existenzen werden ruiniert, Familien zerstört, gesundheitliche Probleme stellen sich ein und leider gar nicht so selten endet Spielsucht im Freitod von Betroffenen.

Trifft es da vorwiegend Erwachsene?

KALTENECKER: Nein.



KPÖ Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenecker über das Glücksspiel-Problem: Do. 24. Mai, 19 Uhr, Volkshaus Graz. (Siehe auch Seite 22).

Jeder dritte Spielsüchtige ist unter 18 Jahre alt. Immer wieder gibt es Klagen über mangelhafte Alterskontrollen bei Spielautomaten, aber auch bei Sportwetten, Glücks- und Rubbellosen.

Man könnte doch meinen, es sei nur eine Minderheit von der Spielsucht betroffen.

KALTENECKER: Laut Schätzungen von Experten sind 1,5 Prozent der Österreicher krankhafte Spieler, drei Prozent dürften latent gefährdet sein. Umgelegt auf die steirische Bevölkerung wären es bei uns ca. 16.000 akut Betroffene.

Wie könnte man dem Problem beikommen?

KALTENECKER: Um den Wildwuchs von Wettcafés einzudämmen, wäre die Einführung einer Standortabgabe sinnvoll. Und die Lustbarkeitsabgabe für Spielautomaten ist zumindest auf das Wiener Niveau anzuheben. Dort zahlen Aufsteller 1400 Euro pro Monat; in der Steiermark sind es nur 467,50 Euro. Der Mehrerlös soll Therapieeinrichtungen zugute kommen. Vor allem muss es wirksame Kontrollen durch die Behörden geben, damit alle Auflagen rigoros eingehalten werden.

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

In nur

Warnung:
Das ist keine Angabe zur Bremsleistung eines Formel 1-Boliden, sondern die nackte Wahrheit über die Verlustmöglichkeiten beim sogenannten „Kleinen Glücksspiel“, den Automaten in Automaten-Casinos oder in Wirtshäusern.

3 Sekunden

Laut Kleinem Glücksspiel dürfen maximal Einsätze von 50 Cents pro Spiel und Gewinne von maximal 20 Euro erzielt werden. Die Automaten sind so beschaffen, daß sie Einsätze über sogenannte „Action Games“ von bis zehn Euro pro Spiel erlauben. Ein Spielvorgang, inkl. „Action Games“, der zum Verlust von zehn Euro führen kann, dauert lediglich rund drei Sekunden. So ist es möglich, innerhalb einer Stunde Beträge von bis zu 3.000 Euro an einem Automaten zu verspielen. Bei zahlreichen Automaten können Beträge bis zu 9.999 Euro als Spielkredit aufgebucht werden.

von 100

Wir wollen nicht das Glücksspiel verbieten. Wir wollen, dass restriktive Beschränkungen das Glücksspiel erschweren. Wir wollen ein generelles Werbeverbot für Glücksspiele aller Art, um den psychologischen Druck von Kindern und Spielsüchtigen zu nehmen und sie erst gar nicht in Verführung bringen. Wir wollen eine massive Besteuerung von Glücksspielautomaten und eine Zweckbindung dieser Einnahmen für Vorsorge und Betreuung spielsüchtiger Menschen.

auf 0

Wir wollen keine unglücklichen Familien und keine ruinierten Existenzen.

KPÖ

Informationen: www.kpoe-steiermark.at 0316-877-5106
Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Obmann Ernest Kaltenecker, Landhaus

GRÖßERE STATT MEHR GRUPPEN

Kinderbetreuung als Schmähpattie

Mehr Betreuungsplätze und betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

und allein in Wien 11.300 Vollzeitjobs sichert. „Das rechnet sich pädagogisch und ökonomisch“, schließt Claudia Klimt-Weithaler.

In der Steiermark hingegen werde als Verbesserung verkauft, dass die Kindergruppen von 10 auf 14 Kinder wachsen und die Pädagoginnen und Pädagogen für gleiches Geld länger arbeiten dürfen. Unter dem Titel „Flexiblere Öffnungszeiten und Ausbau der Krippenplätze“ gehen die Maßnahmen auf Kosten der Pädagoginnen und Pädagogen, die sich um immer mehr Kleine kümmern müssen. Und auf Kosten der Kinder, denen in größeren Gruppen klarerweise weniger Aufmerksamkeit

zuteil wird. Viele Ideen, Projekte, pädagogische Aufbauarbeit fallen der neuen Gruppengröße zum Opfer, die als Erfolg verkauft wird. Die Abgeordnete, die selbst eine Kinderkrippe leitet, wünscht sich eine Anpassung der Gehälter der Pädagoginnen und Pädagogen an die Arbeitszeiten und -kinderkrippen einzurichten. Ihr Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen angenommen. Mit SPÖ und Grünen – diesmal gegen die ÖVP – wurde sogar beschlossen, rechtliche Grundlagen für verpflichtende Betriebskindergärten bei Großbetrieben zu schaffen.

Als Anerkennung für Ihre erzieherische Kompetenz...



...und Ihr pädagogisches Engagement haben wir...



Ihre Gruppe um 2 Kinder aufgestockt.



Seit 1995 ist die Zahl der Betreuungsplätze in Österreich um nur 0,7% gestiegen. „Dabei nutzen die Betreuungsplätze wesentlich mehr, als sie kosten“, so die KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Ihre Forderung nach Anreizen für Betriebskindergärten fand bei SPÖ, ÖVP und Grünen Zustimmung. In der Steiermark leben derzeit 31.304 Kinder unter drei Jahren. Dem gegenüber stehen 69 Kinderkrippen mit 929 Krippenplätzen. Ein frappantes Missverhältnis, dem eine Studie der Wirtschaftsuni Wien gegenüber steht. Diese sagt aus, dass die Wertschöpfung der Kinderbetreuung österreichweit 330 Millionen Euro pro Jahr ausmacht

Volksanwaltschaft fürs Land

KPÖ Initiative im Landhaus: Ein Steirischer Landes-Volksanwalt soll Steirerinnen und Steirern bei Problemen mit der Landesbürokratie helfen.

Vorarlberg hat einen, Tirol auch – und die Steiermark soll einen Landesvolksanwalt bekommen, der jene Steirerinnen und Steirer vertritt, die von Landesbehörden ungerecht behandelt werden. Denn Vertreter der Bundes-Volksanwaltschaft sind drei bis fünf Mal pro Jahr in der Steiermark – zu selten, um alle Probleme aufgreifen zu können. „Der Landesvolksanwalt könnte bei der Jugendwohlfahrt helfen, bei Problemen mit der Sozialhilfe oder dem Pflegegeld



Foto: www.bigshot.at

Probleme mit der Staatsgewalt? Ein Landesvolksanwalt soll bei Konflikten zwischen Bürger und Staat vermitteln.

oder bei Lärmbelästigungen als Folge der Sperrstundenverordnung“, meint KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker.

SPÖ, ÖVP und Grüne sehen den Vorstoß positiv, der nun auf Kosten und Nutzen geprüft wird.

KOMMENTAR



Franz Stephan Parteder,
steirischer KPÖ-
Vorsitzender

Lehrstück Eurofighter

Die Enthüllungen und Auseinandersetzungen um die Eurofighter zeigen, dass die Rüstungsindustrie ein Riesengeschäft ist. Auf Kosten der arbeitenden Menschen kommt es zu offenen und versteckten Zahlungen, welche das Vorstellungsvermögen der Durchschnittsverdiener übersteigen. Außerdem wird jetzt ein Zipfel des Geheimnisses enthüllt, das die Verbindungen zwischen Politik, Lobbyisten und Großindustrie normalerweise verdeckt.

Für die Eurofighter werden zwei US-Militärangehörige in Zeltweg stationiert, um – wie gesagt wird – die Sicherheitsbestimmungen zu überwachen. Schon das ist mit der österreichischen Neutralität unvereinbar. Die Eurofighter sind sauteuer, schränken die Möglichkeit für soziale Maßnahmen ein, passen in das Aufrüstungskonzept der EU und verhindern die Schaffung von zivilen Arbeitsplätzen im Aichfeld.

Wir erleben jetzt ein Lehrstück zum Thema Kapitalismus ohne Maske. Deshalb ist für uns KommunistInnen nicht nur der Ausstieg aus dem Eurofighter-Abenteuer eine Forderung des Tages. Wir verlangen den Verzicht auf Kampfflugzeuge und damit ein Ende der Teilnahme Österreichs am Aufrüstungskurs der EU. Mit der Neutralität hat das alles schon lange nichts mehr zu tun.

Franz Stephan Parteder,
Steirischer KPÖ-Vorsitzender

PRIVATISIERUNG UND IHRE FOLGEN

Bangen um das Böhler-Werk

Die Fries-Gruppe sollte als „österreichischer Kernaktionär“ sicherstellen, dass Böhler-Uddeholm österreichisch bleibt. Jetzt hat sie verkauft.

Durch die österreichischen Medien ging Mitte März ein erschrockener Aufschrei, als bekannt wurde, dass der als Standortgarant geltende „österreichische Kernaktionär“, die Investorengruppe BUI rund um Rudolf Fries beabsichtigt, das rund 21 % umfassende Aktienpaket, das sie an Böhler-Uddeholm hält, an den britischen Finanzinvestor CVC zu verkaufen.

Der Grund: Man erkannte die Gefahr einer „feindlichen Übernahme“, denn Investmentfonds verfolgen eine

klare Strategie: mit dem veranlagten Kapital der Investoren sollen in möglichst kurzer Zeit möglichst hohe Gewinne erwirtschaftet und die Firmen nach einigen Jahren wieder abgestoßen werden.

Stimmen wurden laut, die die rasche Schaffung eines „Austro-Fonds“ verlangten, also österreichische Investoren für ein österreichisches Unternehmen. Doch warum sollten sie nicht dasselbe Ziel verfolgen: nach einigen Jahren aussteigen und Kasse machen?

Schließlich trat der „rettende Engel“ in Gestalt des VOEST-Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Eder auf den Plan und erbot sich, das Fries-Paket zum Preis von 69 Euro je Aktie zu übernehmen. Für Fries bedeutet das einen Gewinn

von rund 740 Millionen Euro, doppelt so viel wie er noch im Juli 2006 für sein Paket bekommen hätte.

Doch auch andere Investoren haben ihren Appetit auf Böhler-Uddeholm gezeigt: Als geheimnisvolle Gegenbieter gelten sowohl der russische Oligarch Viktor Vekselberg, dessen Vermögen auf 16 Milliarden Dollar geschätzt wird, als auch der US-Fond Apollo. Beide sollen interessiert sein, ein wesentlich besser dotiertes Angebot zu unterbreiten.

Böhler-Boss Claus Raidl verkündete erst unlängst vollmundig: „Das Unternehmen darf nicht zerschlagen werden, Headquarter und Forschung müssen in Österreich bleiben.“ Aber kann er dafür garantieren?

Auch die VOEST ist längst

privatisiert und damit möglicher Spielball des internationalen Kapitals.

„Es ist für mich nicht nachzuvollziehen, dass Sozialdemokraten und ÖGB-Funktionäre jetzt jubeln, weil beim Aktienspiel um Böhler-Uddeholm nicht die allerschlechteste Variante zum Tragen kommt.“ Das sagte der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder zur geplanten Übernahme des Konzerns durch VOEST-Alpine.

VOEST-Alpine ist genauso ein Übernahmekandidat für das internationale Kapital.

Um diesen drohenden Ausverkauf zu verhindern, tritt die KPÖ nach wie vor für die Schaffung eines starken öffentlichen Sektors bei der Daseinsvorsorge, bei Industrie und Banken ein.

BÖHLER-GESCHICHTE

Um Österreichs Industrie vor dem negativen Einfluss der kapitalistischen Wirtschaft zu schützen, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Betriebe, darunter die Böhler-Werke, verstaatlicht.

1973 erfolgte unter Bruno Kreisky die Fusion der gesamten österreichischen Stahlindustrie zur Voestalpine AG. Die weltweite Stahlkrise Anfang der 80er Jahre machte auch vor dem VOEST-Konzern nicht Halt. 1985 kam es zum Crash. Umstrukturierungen folgten, der Konzern erholte sich wieder. 1991 wurde der schwedische Konkurrent Uddeholm gekauft.

Auf Druck der EU wurde die Privatisierung von Böhler-Uddeholm eingeleitet. Beim Börsengang 1995 hielt die ÖIAG noch 72,7 % der Anteile, 2003 folgte die totale Privatisierung. 20,95 % von Böhler hält seitdem die österreichische Investorengruppe BUI rund um Rudolf Fries.



Foto: www.bigshot.at

Wer wird künftig die Geschicke von Böhler-Uddeholm schmieden? Auch VOEST ist Übernahmekandidat.

FORDERUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STUDIERENDEN

KSV-Forderungen für die ÖH Wahl:

ersatzlose Abschaffung der Studiengebühren

die Ausweitung von bestehenden Stipendienprogrammen

die verpflichtende Indexanpassung von Familien- und Studienbeihilfe

umfassende Unterstützungsleistungen (in den Bereichen des öffentlichen Verkehrs, der Wohnungsangebote, etc.) durch die öffentlichen Hand

die Abschaffung der Zugangsbeschränkungen!

die Umsetzung des beschlossenen Boykotts der Studiengebühren

Die Rücknahme des Universitätsgesetzes 2002 (UG02)



Tausende gingen im Jänner in Graz gegen die Studiengebühren auf die Straße. Nun steht ein Boykott der Gebühren im Raum.

GEGEN LEERE VERSPRECHEN

Studiengebühren? – Boykott!

Studierende machen der Enttäuschung über Beibehalt der Studiengebühren Luft. Ein Boykott der Studiengebühren für nächstes Wintersemester ist geplant.

Philipp Funovits kämpferisch. Er war von 2003 bis 2005 Vorsitzender der ÖH der Uni Graz. Jetzt ist er bildungspolitisch bei der KPÖ Steiermark aktiv

Ein Boykott der Studiengebühren ist wirksam! Wie es geht, zeigte man in Deutschland vor. So sollen die 363,63 Euro nicht an die Konten der Unis, sondern auf ein eigens eingerichtetes Treuhandkonto überwiesen werden. Damit lässt sich die Zahl der Boykottierenden feststellen. Denn falls ein Mindestprozentsatz an Unterstützern nicht zustande kommt, wird das Geld fristgerecht an die Unis weitergeleitet. Gibt es genug Teilnehmerinnen und Teilnehmer, tritt der Boykott in Kraft. „Keine Uni kann es sich leisten, einen großen Teil seiner Studierenden zu exmatrikulieren“, so Hanno Wisiak vom Kommunistischen StudentInnenverband.

Den Studierenden ist nicht nur die Studiengebühr ein Dorn im Auge. Sie wollen mit ihrer Kampfmaßnahme weitere Punkte einfordern, die vor allem von der SPÖ vor der Nationalratswahl versprochen wurden: Das Abschaffen von Zugangsbeschränkungen, das Entfernen der neoliberalen Elemente des Universitätsgesetzes 2002 für mehr Demokratie, das neuerliche Einführen der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung.

Wisiak prangert das „ratlose Agieren“ des SPÖ-nahen VSStÖ und der GRAS an. „Wenn unsere Beteuerungen, mit allen Mitteln gegen die Gebühren zu kämpfen, nicht verlogen waren, dann müssen wir die zur Verfügung stehenden Mittel nützen“, meint Hanno Wisiak.

ÖH-WAHL. 22.-24. Mai Sie bewegen wirklich etwas

Die Grazer Spitzenkandidaten des KSV (Kommunistischer StudentInnenverband) bei der ÖH-Wahl vom 22. bis 24. Mai.

Hanno Wisiak (25) studiert Geschichte an der Karl-Franzens-Uni Graz. Er



ist aus der Schüler- und SchülerInnenvertretung kommend seit Beginn des Studiums in der Studienvertretung Geschichte und dem KSV-Graz aktiv und derzeit Mandatar an der ÖH Uni-Graz.

Sebastian Wisiak (22) ist Spitzenkandidat des KSV an der Grazer Medizinuni. Er ist seit März 2006



Vorsitzender der Studienvertretung Humanmedizin und hat zuletzt Seite an Seite mit betroffenen Studierenden das Ende der Warteliste erkämpft. Mitsprache für alle Studierenden ist für ihn mehr als nur ein Schlagwort.

Alexei Scerbakov (23) wurde in der Sowjetunion geboren und studiert Softwareentwicklung und Wissensmanagement. Er kandidiert als überzeugter Kommunist für den KSV an der TU Graz – um gesellschaftspolitische und ökologische Verantwortung wieder mehr ins Blickfeld zu rücken.



Grundsicherung statt Sozialhilfe

Die Tendenz in der Arbeitswelt ist klar erkennbar: Aus normalen Jobs wird Leiharbeit, für mehr Arbeitsleistung wird nicht mehr bezahlt, wer nicht ins System passt, rutscht in die Armut ab. Die Reichen werden immer reicher und wir kämpfen ums Überleben.

Deshalb forderte KPÖ-Sozialsprecherin LABg. Claudia Klimt-Weithaler bei einer Veranstaltung des Landes Steiermark, dass die Sozialhilfe von der Grundsicherung abgelöst wird. Die soll 14 Mal pro Jahr bezahlt werden, sich nach dem Bedarf der Bezieher und Bezieherinnen richten und deutlich über der Sozialhilfe liegen. Außerdem besteht die KPÖ auf einen Mindest-Stundenlohn von zehn Euro und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden, was mehr Arbeitsplätze schaffen würde.



LEIHARBEIT ERSETZT IMMER MEHR BESTEHENDE ARBEITSPLÄTZE

„Wir werden immer mehr

Arbeiten in der Autoindustrie am Beispiel von Magna-Steyr: Peter Scherz ist Arbeiterkammer- und Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr Graz.

Als langjähriger Mitarbeiter des Unternehmens erlebte Peter Scherz, Arbeiterbetriebsrat bei Steyr-Magna Graz, die sich ab Mitte der 1990er-Jahre stetig verschärfende Situation für Arbeitnehmer in der Automobilbranche hautnah.

Wie alles begann...

Wurde beim ÖGB-Kongress 1987 noch die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche mehrheitlich beschlossen, änderten sich alles rasch, als man Mitte der 1990er-Jahre in Vorbereitung auf die EU die so genannte Flexibilisierung einleitete. „Mit dem Aufkommen der Flexibilisierung auf

Wunsch der Wirtschaft war die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein Begräbnis erster Klasse“, erinnert sich Peter Scherz.

„Flexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutet“, erklärt Peter Scherz, „dass derjenige, der arbeitet, immer mehr ausgepresst werden soll, während diejenigen, die arbeitslos sind, erst recht keine Arbeit bekommen!“

Betriebe wollen keinen Betriebsrat

Waren bereits bisher bei Produktionsengpässen 10-Stunden-Schichten über einen

längeren Zeitraum erlaubt, sieht das neue Regierungsübereinkommen dafür bis zu 12 Stunden lange Schichten vor. „Vor allem in Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt, muss mit einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen gerechnet werden“, warnt Peter Scherz. Fordert ein Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung ein, so muss der Arbeitgeber dieser Forderung nachgeben. „Daher will man auch in vielen Betrieben keinen Betriebsrat haben.“

Selbst wenn sich für Magna aufgrund der Betriebsvereinbarungen auch künftig nicht viel ändern wird, so wächst doch der Druck permanent. „Die EU-Erweiterung hat den Druck auf die Arbeitenden zusätzlich vergrößert. Man muss mehr leisten für weniger Geld,

flexibler sein und zugleich zunehmend um den Verlust des Arbeitsplatzes fürchten.“ Teile der Produktion wurden auch bei Magna in Länder verlagert, wo billiger produziert werden kann.

Arbeiter als Katalogware

Perfekt ins Bild der Flexibilisierung passen die Leiharbeiter. Schon jeder siebente Arbeitnehmer bei Magna Steyr ist nur geliehen. Selbst wenn Leiharbeiter zu gleichen Bedingungen beschäftigt werden müssen wie die Stamm-Mitarbeiter und auch voll in den Betrieb integriert sind, gibt Peter Scherz zu bedenken: „Als Betriebsrat kann ich nur für werkseigene Beschäftigte intervenieren. Außerdem werden gute Kollektivverträge durch



Peter Scherz, Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr, sieht eine generelle Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Autoindustrie. Nur ein starker Betriebsrat konnte bei Magna-Steyr sicherstellen, dass bereits ausgehandelte Betriebsvereinbarungen für die Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer sorgen. Peter Scherz ist auch AK-Betriebsrat des GLB.

ausgepresst"

den Leiharbeiter-Kollektivvertrag zunehmend unterwandert. Die heutigen Leiharbeiter sind die modernen Sklaven unserer Zeit! Bei Leiharbeitern kann der Arbeitgeber die Verleihfirma anrufen und sie einfach abbestellen.“ Wie ein Produkt aus einem Versandhauskatalog.

„Ich appelliere an die Solidarität!“

„Der soziale Sprengstoff, den die Materie birgt“, meint Peter Scherz, „ist der Gewerkschaft noch gar nicht bewusst!“ Denn: Ist ein Leiharbeiter krank, trägt der Unternehmer keinerlei Risiko. Die höchste Kündigungsfrist bei Leiharbeitern – selbst bei jahrelanger Beschäftigung – beträgt 7 Wochen. Ein Sprecher von Magna Steyr sagte vor einiger Zeit:

„Leihkräfte sind unsere Mannövriermasse. Damit schützen wir das Stammpersonal.“

„Der Applaus an dieser Stelle war nicht angebracht“, zeigt sich Peter Scherz enttäuscht, denn: „Auch bei Magna werden bestehende Arbeitskräfte sukzessive gegen Leiharbeiter ausgetauscht. Ich appelliere an den Solidaritätsgedanken unter den Beschäftigten, denn wir sitzen alle in einem Boot und haben die gleichen Interessen, egal, wo wir herkommen“, so sein Aufruf.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Graz -
Elke Kahr

Lagergasse
98a, 8020
Graz,
Fax 71 62 91
oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-
graz.at

ARBEIT IM WANDEL

Frust statt Lust: Abenteuer Leiharbeit

Herr L.* arbeitet im Fassadenbau. Er erzählt: „Bis Ende der 1990er-Jahre konnten meine Familie und ich gut von meinem Einkommen leben. Zu meinen Vorgesetzten hatte ich meist ein persönliches Verhältnis.“ Doch um die Jahrtausendwende wurde die Situation am Arbeitsmarkt immer angespannter. Und Herr L. machte Bekanntschaft mit dem Personalleasing.

„Wenn man einen Leiharbeiter-Job haben will, muss man mindestens 4000 Euro vorfinanzieren, in Auto, Benzin, Versicherung und Gebühren. Denn ohne ein Auto hat man kaum Chancen, genommen zu werden“, erzählt Herr L. „Dann schicken sie dich auf eine Baustelle, die vielleicht in 14 Tagen fertig ist. In dieser Zeit bekommst du die schwerste Arbeit, hast kaum Pausen. Und ist die Arbeit getan, bist du erst wieder arbeitslos!“, schildert L. die Vorgangsweise einiger Personalleasing-Anbieter.

Über seine jüngste Erfahrung in diesem Bereich berichtet Herr L. Folgendes: „Im Vorjahr bewarb ich mich bei der Firma M.* Der Chef sagte mir, ich könne schon anfangen, aber es seien gerade zu viele Leute bei ihm gemeldet. Daher würde er mich bei einer anderen Firma anmelden.“ Herr L. stimmte zu. Erst später erfuhr er den Hintergrund: Die Firma hatte neben den offiziellen Aufträgen auch einige „private“ laufen. Bei zu vielen Beschäftigten wäre dieses Missverhältnis aufgefallen.

Lohnzettel ja, Lohn nein!

Herr L. erhielt eine Anmeldebestätigung von einer Personalleasingfirma namens „MPM“ mit Sitz in Wien. Herr L. erhielt auch Lohnzettel von der Firma MPM. Zwei Monate lang. Was Herr L. nicht erhielt, war sein Lohn.

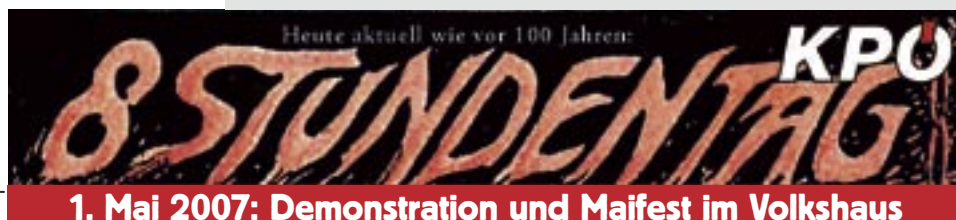
„Ich fragte meinen Chef, warum ich noch kein Geld bekommen hätte. Der sagte mir, da müsse ich schon in Wien nachfragen. Ich rief in Wien an. Niemand ging ans Telefon. Ich schrieb einen Brief und erhielt keine Antwort. Schließlich habe ich meine Arbeit aufgegeben und bin zur Arbeiterkammer gegangen.“

Bei der Arbeiterkammer stellte man fest, dass die Firma MPM mittlerweile in Konkurs gegangen war. Fast ein dreiviertel Jahr lang dauerte das Verfahren, bis Herr L. endlich doch Geld für seine längst geleistete Arbeit bekam.

Am Bau erlebt man so allerhand. So bekam Herr L. auch schon zu hören: „Wenn du schwarz arbeitest, nehmen wir dich. Wenn nicht, gibt es 300 andere für diesen Job.“

Herr L. hat keine großen Wünsche. Er möchte nur bei einer Firma arbeiten, wo er wie ein Mensch behandelt wird und wo Versprechen eingehalten werden. Er möchte gute Arbeit verrichten und längere Zeit beim selben Dienstgeber beschäftigt sein. Ist das zu viel verlangt?

*Namen sind der Redaktion bekannt



Lasterhaftes Leben trotz der Gesetze des Vaters

VON GERHARD M. DIENES

Hans Gross gegen Otto Gross: Nachkommin Sophie Templer-Kuh erzählt vom Konflikt des Grazer Sherlock Holmes Hans Gross mit seinem exzentrischen und revolutionären Sohn Otto.

Die beiden Steirer Hans Gross (1847-1915) – ein Untersuchungsrichter aus Leidenschaft und Begründer der modernen Kriminalistik – und dessen Sohn Otto Gross (1877-1920) - Mediziner, Exzentriker, Anarchist – trugen zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen für Europa paradigmatischen Vater-Sohn-Konflikt aus.

Was mit der Ausstellung „Die Gesetze des Vaters“ im Kulturhauptstadtjahr 2003 im Stadtmuseum Graz begann, findet nun – durch das Landesmuseum Joanneum und das Grazer Kriminalmuseum getragen – auch im Ausland Interesse: Ab 12. Juni beschäftigt sich eine Ausstellung in Rijeka mit „Strafkolonien und Liebesinseln“, während 2008 in London dem Einfluss von Hans und Otto Gross auf die Literatur nachgegangen wird. Das Thema birgt noch viel Spannendes, das gemeinsam mit der Internationalen Otto Gross-Gesellschaft aufgearbeitet wird. Deren Ehrenvorsitzende, Sophie Templer-Kuh, die Tochter von Otto Gross, die als Kind von Franz Kafka und Franz Werfel beschrieben wurde, erzählte vor kurzem in Graz von ihren Vorfahren

Hans Gross, geboren 1847 in Graz, war Untersuchungsrichter aus Leidenschaft. „Wenn ein Jurist Untersuchungsrichter ist, ist er nur noch Untersuchungsrichter und sonst nichts...!“, konstatierte der Strafrechtsreformer Gross, der hinterfragte, warum und wie ein Mensch zum Täter wird. Mit seinem „Handbuch für Untersuchungsrichter“ erlangte er Weltruhm. Gross, der personifizierte Sherlock Holmes, beschreibt dort die Methoden der Spurensiche-

rung und Täterermittlung, er regte zum Beispiel den Einsatz von Spürhunden an und beeinflusste Kriminalromanautoren wie Georges Simenon. Sein 1913 an der Grazer Universität begründetes Kriminalistisches Institut mit angeschlossenem Kriminalmuseum erlangte internationale Vorbildwirkung.

Gross beschäftigte sich mit der „Zigeunerbekämpfung“ und postulierte für „Degenerierte“ und „Unverbesserliche“ die Deportation in Strafkolonien. Als Jusstudent hörte Franz Kafka bei Hans Gross an der Deutschen Universität in Prag Strafrechtsvorlesungen. In mehreren Werken, so im Romam „Der Process“ hinterfragte er später seinen Lehrer.

1877 wurde Hans Gross und seiner Frau Adele der Sohn Otto geboren. Seine Kindheit war geprägt durch die patriarchale Ordnung und eine nur äußerliche Familienidylle. Das

bedingte letztlich im Inneren des Kindes einen schwerwiegenden Konflikt zwischen dem Willen zur Selbstbehauptung und dem Willen des Vaters (der Eltern), dem sich der Sohn unterwerfen soll.

Der vorerst für den Vater genieverdächtige Sohn studierte Medizin und begann mit der Suche nach Eigenem und Fremdem. Der Sigmund Freud-Schüler sah als erster die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Psychoanalyse. Doch Freud, der Otto Gross anfänglich schätzte, konterte: „Ärzte sind wir und Ärzte wollen wir bleiben!“

Otto Gross wurde zum gefallenen Schüler und zum gefallenen Sohn: Der Duckmäuser mutierte zum Exzentriker und Anarchisten, der Sex und Drogen rauschhaft konsumierte. Auf dem Monte Verità, dem großen Aussteigerzentrum im Schweizer Tessin, erhob er seine Forderungen nach dem Matriarchat und der sexuellen Revolution. Drogen sah er als bewusstseinsweiternd, rauschhaftes Erleben in der Orgie als emanzipatorische

Handlung im Sinne der revolutionären Vorarbeiten für eine bessere Gesellschaft. 1913 lässt ihn sein Vater in Berlin verhaften, zwangsinternieren und entmündigen. Eine internationale Pressekampagne bringt den Vater-Sohn-Konflikt in die Gazetten.

Im Dezember 1915 stirbt Hans Gross völlig verbittert in Graz. Der Sohn verliert sein Feindbild, aber auch seinen Halt. Gemeinsam mit Franz Kafka plant er die Herausgabe einer gegen den Machtwillen der Väter gerichteten Zeitschrift. Es kommt nicht mehr dazu. Otto Gross ist physisch wie psychisch am Ende.

In den Umbruchtagen nach dem Ersten Weltkrieg wird er halb erfroren und unterernährt in einer Hofeinfahrt in Berlin gefunden. Wenige Tage später stirbt er am 13. Februar 1920. Er war einer von denen geworden, die sein Vater deportiert haben wollte, ein „Normabweichler“, ein „Degenerierter“ – mit einem radikalen Freiheitsanspruch. Die machte ihn zu einer Schlüsselfigur der Avantgarde.



Gross-Nachkommin Sophie Templer-Kuh im Gespräch mit Ernest Kaltenegger und Gerhard Dienes.

Neues Auschlössl.

Megaphon trifft Auschlössl – am Nordrand des Augartens. Das einstige Marienschlössl beherbergt nun die Straßenzeitung Megaphon und ein nettes Cafe, das von der Caritas geführt wird. Im Cafe setzt man auf die richtigen Zutaten: fair gehandelten Kaffee, biologisch angebauten Tee, ein alternatives Zeitschriftenangebot. Es gibt auch ein Mittagsmenü samt klassischem Himbeerkracherl.

Das Cafe im Auschlössl ist Dienstag bis Freitag von 9 bis 23 Uhr, am Samstag von 12 bis 23 Uhr und ab Mai auch sonntags von 9 bis 23 Uhr geöffnet.

**AUSGEBEUTET****Arbeiten zum Nulltarif**

Durch das AMS werden Praktika vermittelt, die manchmal nur für die Unternehmen nützlich sind.

VON EDELTRUD ULBL-TASCHNER

Findige Unternehmer melden beim Arbeitsmarktservice (AMS) eine freie Praktikumsstelle an. Mit etwas Glück kommen sie so zu einer kostenlosen Arbeitskraft. Herr F. kann von den seltsamen Strategien des AMS ein Liedchen singen.

F., ein arbeitsloser Goldschmied mit 21-jähriger Berufserfahrung, wurde ein Praktikum bei einem Goldschmied vermittelt, um seine Arbeitsfähigkeit zu erproben. Herr F. hat dort sieben Wochen lang qualifizierte Goldschmiedearbeiten verrichtet. Einen Dienstvertrag bekam er aber nicht. Vielmehr schien es so, dass der Arbeitgeber überhaupt keine Absicht hatte, eine Fachkraft anzustellen.

Hätte dieser Unternehmer tatsächlich im Sinn gehabt, eine Fachkraft einzustellen, hätte er dies mit einem ganz normalen Arbeitsvertrag tun können. Auch ein Probemonat kann vereinbart werden – klarerweise bei vollem Gehalt. Für seine Praktikumszeit erhielt Herr F. hingegen Arbeitslosengeld. Der Unternehmer bekam seinen qualifizierten „Praktikanten“, der seine Berufsausbildung seinerzeit mit „sehr gut“ abgeschlossen hatte, kostenlos zur Verfügung gestellt.

Herr F. teilte seinem Betreuer im AMS mit, dass sein „Praktikumsgeber“ ihn nicht anstellen wollte, was dieser mit einem „was wollen's denn, Sie bekommen eh Arbeitslo-

se“ quittierte. Herr F. ist kein Einzelfall. Durch das AMS werden nicht nur Fachkräfte an Praktikumsstellen vermittelt, sondern auch Hilfskräfte. Allesamt hackeln sie bei den Unternehmen monatelang zum Nulltarif. Die Betriebe müssen nicht einen Cent für die Arbeitsleistung bezahlen. Dieses Vorgehen geht zu Lasten der Allgemeinheit, die in die Tasche greifen muss. Das AMS wird ja auch über Steuermittel finanziert.

Im Falle des Herrn F. war die Absolvierung eines „Praktikums“ in seinem erlernten Beruf für sein berufliches Fortkommen klarerweise völlig unnötig. Seine Arbeitsleistung muss als „Geschenk“ des Arbeitsmarktservice an den Unternehmer betrachtet werden. Das ist seltsam, aber traurige Wirklichkeit.

**ORF-EMPfang:
Am 23. April ist
Schluss mit Analog**

Am 23. April ist in Graz Schluss mit Fernsehen – zumindest für jene, die noch keinen digitalen Empfänger besorgt haben. Dann dreht der ORF die bisher gebräuchlichen analogen Signale ab und sendet nur noch digital. Wer dann nicht eine sogenannte dvb-t Box oder einen supermodernen Fernseher hat kann den ORF nicht mehr sehen. Gebührenzahler müssen also einen zusätzlichen Stromverbrauch kaufen und aufstellen. Viele werden Zusatzkosten für die Umstellung haben.

Allerdings: Über Kabel – aber auch die meisten Gemeinschaftsanlagen werden schon die „richtigen“ digitalen Signale geliefert.

Ab 23. April sendet der ORF nur noch digitale Signale.

**SPRECHTAGE**

des Zentralverbandes
der Pensionisten

Montag bis Freitag
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

um Voranmeldung wird gebeten.

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

GEWINNE EXPLODIEREN – SOZIALE UNGLEICHHEIT NIMMT ZU Kein Frieden mit dieser EU!

Eine auf sozialer Ungleichheit und militärischer Gewalt gründende EU gefährdet letztlich das friedliche Zusammenleben in Europa.

Ein paar Tage nach den EU-Jubelfeiern in Berlin und Wien gab es Hausdurchsuchungen in zahlreichen Büros von EU-Funktionären in Brüssel. Der Verdacht: Korruption und Bestechung in Millionenhöhe. Dieses zeitliche Zusammentreffen zeigt den Widerspruch zwischen

den großen Worten und der traurigen Wirklichkeit ganz deutlich: Mit dieser EU gibt es keinen Frieden.

50 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge hat die steirische KPÖ ihr Nein zur EU bekräftigt. Landesvorsitzender Franz Stephan Parteder: „Wir sehen uns mit

dieser Haltung im Einklang mit vielen Menschen vor allem aus den sozial benachteiligten Schichten. In der EU explodieren die Gewinne der Konzerne und die Vermögenseinkommen, Armut und soziale Ausgrenzung nehmen rasch zu. Der Euro ist für die Leute zum Teuro geworden.

Die EU wirkt wie ein Brandbeschleuniger für Sozialabbau und Privatisierungen. Und sie treibt die Vorbereitungen

EU-Vorgaben für die Rüstungspolitik. Eine auf sozialer Ungleichheit, ungehemmter Konkurrenz und militärischer Gewalt gründende EU gefährdet letztlich das friedliche Zusammenleben in Europa.“

Unsere Forderungen:

- Wir lehnen die Pläne zur Wiederbelebung der EU-Verfassung ab.
- Die Neutralität Österreichs ist wichtiger als die EU. Deshalb lehnen wir die Teilnahme Österreichs an EU-Kampfeinsätzen ab. Unser Nein zu den Eurofightern ist auch ein Nein zum Kriegskonzept der EU-Rüstungspolitik.
- Die Unterordnung der öffentlichen Budgets unter die Maastricht-Kriterien ist zu beenden.
- EURATOM dient nur der Atomindustrie; wir fordern den Austritt.
- Die Einsparung der steirischen Vertretung in Brüssel wäre ein richtiger und vernünftiger Schritt – und ein Signal an die Öffentlichkeit.



für eine militärische Supermacht Europa voran. Das erfolgt durch den Aufbau der EU-Armee, mit dem Aufbau eines EU-militärisch-industriellen Komplexes und durch die

Aktion von Eurofighter Gegnern vor dem Eingang zum Stationierungsort in Zeltweg.

VEREIN ZUR RETTUNG WEGGEWORFENER FAHRRÄDER Aus Alt mach Neu: Ein Rad für alle Tage

Hans Alexander Pauer ist Architekt, hat Wohnhäuser entworfen, an der Uni gelehrt und mit Drogenkids gearbeitet. Jetzt kümmert sich der Grazer um die Radleichen der Stadt. 2004 hat er den Verein „Rebikel“ gegründet – zur Rettung weggeworfener Fahrräder. Er haucht den Grazer Radleichen neues Leben ein.

Allzu oft stolpert man in Graz über Fahrradleichen: Räder, welche die längste Zeit unbenutzt in einem Eck ver-gammeln oder Abstellplätze

blockieren. Die sind ein Fall für Hans Pauer. „700 bis 1000 derartige Räder hat die Stadt pro Jahr weggeworfen“, erzählt er. Seit zwei Jahren steht Wiederverwertung am Programm. Nach etwa drei Reparatur- und Putzstunden pro Rad werden diese um 50 bis 150 Euro verkauft; Schmankerl gibt es für bis zu 300 Euro.

Pauer denkt noch viel weiter bis nach Afrika, Südamerika, Kuba: „Dort fahren die Menschen mit einem Rad, das bei uns weggeworfen

wird, noch viele Jahre lang.“ Seine Idee: Er will fahrtüchtige Radln, die bei uns dennoch keiner mehr will, exportieren. „In diesen Ländern könnten dann wiederum Menschen vom Verkauf oder von Reparaturarbeiten leben. Und andere freuen sich, weil sie ein Fahrrad bekommen.“

Infos und Fahrradverkauf unter Tel. (0676) 50 19 070.





Wenn man sich den Nachmieter selbst ausgesucht hat, braucht dieser keine Provision zu zahlen.

MIESE MAKLERMETHODEN

Unerlaubtes Körberlgeld

Bei Verlängerung eines bestehenden Mietvertrages sowie bei Abschluss eines Mietvertrages, den der Makler nicht angebahnt hat, ist die Maklerprovision verboten.

Die Aussicht, sich durch ungerechtfertigte und daher verbotene Provisionen ein nettes Körberlgeld zu verschaffen, ist für manchen Grazer Immobilienmakler leider immer noch unwiderstehlich, wie man im Büro von Wohnungsstadträtin Elke Kahr weiß.

Eine Mieterin wollte ihren

bereits fünf Jahre dauernden Mietvertrag verlängern. „Kulanterweise nur zwei Monatsmieten“ Provision verlangte ein Grazer Maklerbüro von der Mieterin für diese Dienstleistung.

Eine doch etwas fragwürdige Vorstellung von Kulanz, wenn man bedenkt, dass der Makler sowohl nach den Bestimmungen des Maklergesetzes als auch nach der ständigen Rechtsprechung in diesem Fall überhaupt keinen Provisionsanspruch hat.

Ein anderer Fall: Um noch vor Ablauf der Kündigungsfrist aus dem Mietvertrag aussteigen zu können, suchte eine Mieterin einen Nachmieter für ihre Wohnung. Dieser wurde beim Makler vorstellig, der – mehr freundlich, weniger seriös – für den Abschluss des

Mietvertrages eine Provision in Rechnung stellte, über deren Höhe man sich „schon einigen werde“.

Einig sind sich in diesem Fall höchstens Mietrechtsexperten und der Oberste Gerichtshof. Deren Urteil lautet: kein Provisionsanspruch, da der Makler, der auch Verwalter des Hauses ist, keine den Vertragsabschluss herbeiführende Tätigkeit geleistet hat.

Sollte jemand Zweifel daran haben, ob die bezahlte Provision tatsächlich zu Recht verlangt wurde, sollte unbedingt die Hilfe einer Beratungsstelle, etwa des Mieterschutzverbandes oder den Mieternotruf der Grazer KPÖ (Tel. 71 71 08) in Anspruch nehmen. Auch im Büro der KPÖ-Stadträtin Elke Kahr (Tel. 872-20 60) wird gerne geholfen! Allfällige Rückforderungsansprüche gegen den Makler verjähren nämlich erst nach drei Jahren!

SOZIALSERVICE

Sonderzahlung bei Sozialhilfe

Menschen ohne Einkommen oder mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum haben einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Die Sozialhilfe ist in den Gemeinden bzw. beim Magistrat zu beantragen und wird von den Bezirkshauptmannschaften (BH) gewährt.

Im Jahr 2007 beträgt der Richtsatz für eine/n Alleinstehende/n 507 Euro pro Monat. Wer Arbeitslosenunterstützung, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss oder Unterhalt von weniger als 507 Euro monatlich bezieht, kann seinen Anspruch auf Richtsatzergänzung geltend machen und erhält den Differenzbetrag auf 507 Euro monatlich ausbezahlt.

Nun haben alle Menschen, die Sozialhilfe als Richtsatzergänzung beziehen und deren eigenes Einkommen nur 12 Mal jährlich gewährt wird, zusätzlich Anspruch auf je 507 Euro als Sonderzahlung im Juni und im November.

Tatsächlich haben einige BH aufgrund einer unklaren Formulierung im Sozialhilfegesetz die Sonderzahlungen im Juni und im November nur in der Höhe der Richtsatzergänzung ausgezahlt.

Die KPÖ konnte einer Frau, die mit diesem Problem zur KPÖ in die Sozialsprechstunde kam, bei der Berufung helfen – mit Erfolg. Die Frau bekommt nun zusätzlich zur monatlichen Richtsatzergänzung im Juni und im November volle 507 Euro an Sonderzahlungen und ist nicht mehr schlechter gestellt als ein Sozialhilfeempfänger ohne eigenes Einkommen.

An die BH und den Magistrat wurde eine Rechtsmitteilung ausgesandt, in welcher über die richtige Vorgehensweise informiert wurde.

DSA Karin GRUBER
KPÖ-Landtagsklub,
Herrengasse 16, 8010 Graz,
Tel: 0316/877 51 01
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at



LEND

Länger aufs Klo

KPÖ Bezirksvorsteher-Stv. Christian Carli kann zwei Erfolge verbuchen: Die öffentlichen WC-Anlagen am Lendplatz und im Volksgarten waren zu den angegebenen Öffnungszeiten geschlossen – jetzt sind sie sogar länger offen, freut sich Carli: Nämlich von April bis September bis 21 Uhr. Im Winter wurden die Betriebszeiten auf 18

Uhr verkürzt. Mit diesen Öffnungszeiten versucht man dem Bedarf besser gerecht zu werden.

Straßen saniert

Endlich wird die Sanierung der Zeiller- und der Bienengasse in Angriff genommen. In beiden gibt es desolate Straßenverhältnisse und Schlaglöcher. Für Radfahrer kam es immer wieder zu gefährlichen Situationen.



INNERE STADT

Kastner & Öhler

Voraussichtlich im Mai gibt es die entscheidende Bauverhandlung über das Dachausbau-Projekt von Kastner & Öhler. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz St. Parteder hofft darauf, dass alle Zusagen eingehalten und gute Lösungen gefunden werden.

„Modell im Maßstab 1:1“

Es kommt häufig vor, dass Bauverhandlungen in der Inneren Stadt erst dann abgehalten werden, wenn die Baumaßnahmen bereits abgeschlossen sind. So muss man oft im

Nachhinein feststellen, dass es eine Änderung von Gastronomie auf Gewerbebetrieb gegeben hat. Die Anrainer sind davon meist nicht erfreut.

Ein besonders krasser Fall: Mehrere Monate nach Eröffnung des Spar-Marktes in der Hans-Sachs-Gasse kam es erst zur Bauverhandlung. Parteder, KPÖ: „Der Verhandlungsleiter hat es sicherlich ironisch gemeint, als er dem Bauherren Dr. Hohenberg dazu gratulierte, ein Modell des Projektes im Maßstab 1:1 angefertigt zu haben.“ Änderungsmöglichkeiten hat es bei dieser Verhandlung keine mehr gegeben.



JAKOMINI

Flüssiggas: Weiter explosive Stimmung

Der Aufreger rund um die Flüssiggasverladestation beim Ostbahnhof nimmt kein Ende. Nachdem im Vorjahr eine große Demonstration gegen diese Anlage beim Ostbahnhof stattgefunden hatte, haben sich alle Rathausfraktionen einstimmig gegen die Errichtung ausgesprochen. Aber was ist passiert? Die Bauarbeiten liefen munter weiter!

Jetzt haben engagierte Bürgerinnen und Bürger, die Interessensgemeinschaft Raiffeisenstraße und der Bezirksrat Jakomini weitere Aktionen angekündigt. „Wir werden die Volksanwaltschaft einschalten. Weiters werden noch Unterschriften gesammelt und ein offener Brief an Bundesminister Faymann, die Landesregierung und an den Bürgermeister gesendet“, berichtet KPÖ-Bezirksvorsteher-Stv. Herbert Wippel, „die ÖBB sind ein Unternehmen in öffentlicher Hand und

sollten sich nicht über die Interessen der Öffentlichkeit hinwegsetzen.“

Messe-Schlössl: Chance nutzen

Mit dem Bebauungsplan für den Bereich rund um das Messe-Schlössl hätte die Stadt die einmalige Chance, im innerstädtischen Bereich einen schönen Treffpunkt für Menschen zu gestalten. Die Stadtplanung sieht jedoch einen breiten Bau entlang der Münzgrabensstraße vor.

„Ich hoffe, dass hier die Stadt und die Investoren verhandlungsbereit sind. Denn gerade in diesem Stadtteil, wo in nächster Zeit mehr gebaut wird als sonst wo in Graz, ist es wichtig, einen öffentlichen Raum zu schaffen, wo Menschen sich begegnen und etwas Erholung finden können“, sagt Wippel und gibt zu bedenken: „Vor hundert Jahren hat die Stadt das Schlössl samt Umgebung gekauft, damit es zum Wohle der Bevölkerung nicht verbaut wird. Um wie viel mehr haben wir diesen Freiraum heute nötig!“

STRASSGANG

Betonmischer

Für die Betonmischeranlage Viertel läuft ein neues Genehmigungsverfahren, nachdem der Betrieb durch einen UVS-Beschluss untersagt wurde. Die Bewohnerinnen

und Bewohner nördlich des Mühlfelderwegs befürchten erhebliche Staubbelastungen, wenn der Betrieb wieder zugelassen wird. KPÖ-Klubobmann Sepp Schmalhardt schlägt daher vor: „Die Betriebszufahrt könnte mit wenig Aufwand über die Neuseiersberger Straße durch das Industriegebiet errichtet werden. Zusätzliche 100 Lkw-Fahrten sind der Bevölkerung wirklich nicht zuzumuten.“ Ein entsprechender Antrag im Gemeinderat soll Klarheit bringen.



PUNTIGAM

Lagergasse: Durchzugsverkehr?

Der geplante Ausbau der Lagergasse sorgt für dicke Luft in Puntigam. Die Lagergasse soll zwischen Sturzplatz und Puntigamer Brücke verbreitert werden. Der Verkehr – vor allem der Lkw-Verkehr – würde zunehmen. Zudem sei der kleine Park mit seiner Funktion als Naherholungsbereich gefährdet. „Puntigam ist beim Grünraum ohnehin benachteiligt“, versteht Roswitha Koch von der KPÖ die Pläne nicht.

MARIATROST

Kabarett gegen Verkehrslawine

Viel gelacht wurde am Abend des 9. März im Bildungshaus Mariatrost. Jörg-Martin Willnauer prä-



sentierte auf Initiative der Bürgerinitiative MI:LD sein Programm „Best of Willnauer“. Der Gesamterlös aus dieser Benefiz-Veranstaltung soll der Anschaffung einer mobilen Geschwindigkeitsanzeige in der Mariatrosterstraße zugute kommen. Dr. Elmar Ladstädter, Leiter der Bürgerinitiative, freute sich, dem Bezirksrat anlässlich der Bezirksratssitzung am 27. März den Reinerlös von 501,- Euro überreichen zu können

GEIDORF**Vorgartenschwund**

Immer wieder verschwinden Vorgärten zu Gunsten von Autoabstellflächen, aber auch Innenhöfe sind zunehmend durch den Bau von Tiefgaragen gefährdet. „Weil wir im Bezirk noch eine große Anzahl von intakten Innenhöfen sowie Vorgärten haben, die wesentlich zum Charakter des Bezirks und darüber hinaus für Graz als Gartenstadt beitragen, möchten wir in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund im Juni öffentliche Spaziergänge veranstalten“, berichtet Bezirksrätin Grete Skedelj von der KPÖ: Sie hofft auf die Unterstützung des gesamten Bezirksamtes.

Parkbänke

Bei den Seniorenwohnungen in der Körblergasse hat die Stadt vor langer Zeit Parkbänke aufgestellt. „Es gibt kaum etwas Angenehmeres, als an einem sonnigen Tag auf diesen Bänken zu sitzen, wenn sie

nicht in so einem desolaten Zustand wären. Die Stadt möge sich weiterhin um die Seniorinnen und Senioren in der Körblergasse kümmern, auch was den Zustand der Parkbänke betrifft“, hofft Bezirksrätin Gerti Stangl (KPÖ).

**EGGENBERG****Gratis-Müllsäcke**

ÖVP-Bezirksvorsteher Hagenhofer wollte Grünschnittsäcke gratis hergeben, doch seiner Aufmerksamkeit scheint wohl entgangen zu sein, dass es Statuten gibt. Stattdessen behauptete der ÖVP-Mandatar, SPÖ, Grüne und KPÖ hätten deshalb dagegen gestimmt, weil die Bezirksämter nicht so viel Arbeit haben wollten. Das stimmt nicht, ärgert sich KPÖ-Bezirksvorsteher-Stv.in Eva-Maria Fischer, denn laut Statut dürfen Einzelpersonen nicht vom Bezirksbudget gefördert werden.

Für Erhalt des Bezirksamtes

Mehr als 2000 Unterschriften für den Erhalt des Eggenberger Gemeindeamtes in der Eckertstraße hat Bürgermeister Siegfried Nagl von BV-Stv. Eva-Maria Fischer, BV Gerlinde Goldbrich sowie Bezirksrat Monogioudis bekommen. Ein klares Signal, dass die



Eggenberger Bevölkerung ihr Bezirksamt behalten möchte. Es ist ein deutlicher Protest aus dem Bezirk gegen die Verlegung des Bezirksamtes. Bürgermeister Nagl versprach auch verbindlich, das Bezirksamt Eggenberg am Standort Eckertstraße zu belassen.

GRIES**Danke für Spenden**

Der Bezirk Gries ist nicht gerade der Bezirk mit den reichsten Menschen. Deshalb nimmt der Bezirksamtsleiter immer wieder Spenden entgegen und verteilt sie an die Ärmsten. Er spricht auch Geschäftsleute an, die sich immer wieder großzügig zeigen und etwas spenden.

Wohnungsstadträtin Elke Kahr etwa habe unlängst für ein Mädchen in unserem Bezirk gespendet, das eine Gesichtsoperation benötigte, freut sich KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon. „Danke an die Geschäftsleute und an alle sozial denkenden Menschen, die sich der sozial Schwächeren im Bezirk annehmen und immer ein offenes Herz haben – auch dann, wenn sie selbst nicht mit Überfluss gesegnet sind“, sagt Inge Arzon und hofft, dass die Hilfe nicht abflaut.

LIEBENAU**74er fährt länger**

„Seit die Buslinie 74 über das Einkaufszentrum Murpark geführt wird, verlängert sich die Fahrzeit von Thondorf nach Puntigam um mehr als 10 Minuten“, kritisiert KPÖ-Bezirksvorsteher-Stv. Max Korp. Das betreffe in erster Linie Schüler aus Thondorf, die in Puntigam

in die Schule gehen. Bis vor kurzem konnte man bei der Post in Liebenau in den 64er umsteigen und ist flott weiter gekommen. Weil jetzt alle Linien über den Murpark führen und keine Buslinie direkt zum Stadion fährt, ist zwar das Einkaufszentrum besser erreichbar, aber für alle anderen verlängern sich die Wege.“



KPÖ-Bezirksvorsteher-Stv. Max Korp bei der Eröffnung der 4er-Verlängerung / Murpark

Foto: Doris Schmid

**GÖSTING****Auch für Behinderte**

Das Bezirksamt in der Wienerstraße 255 wird nun generalsaniert. Da bietet es sich an, alles behindertengerecht zu gestalten, meint KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Gerhard Strohriegl. Denn derzeit sind Ämter und die Bibliothek nur über Stufen erreichbar.

Impressum: Grazer Stadtblatt,
Lagergasse 98a, 8020 Graz.,
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
email: stadtblatt@
kpoe-graz.at
DVR: 0600008

**ANDRITZ****Nicht eingeladen**

Bei der Bezirksversammlung am 22. März musste KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer feststellen, dass vielen Andritzern die Einladung von einer privaten Zustellerfirma nicht zugestellt worden ist. Nur 25 – von insgesamt 17.559 – Bürgern waren anwesend; selbst Bezirksvorsteher Schwarzl hatte keine Einladung bekommen. Gerti Schloffer hält es für falsch, dass man bei der Verständigung spart und wird für eine Verbesserung eintreten.

KLEINANZEIGEN

Wohnung

Älterer gehbehinderter Herr sucht dringend behindertengerechte günstige **Wohnung** im Bezirk Jakomini. Tel. (0316) 872-6462, E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at.

Familie sucht **Wochenendhaus** in Graz und Graz Umgebung zu günstigen Bedingungen! Tel. (0664) 79 007 18

Zu vermieten

164 m² Erdgeschoß-räumlichkeiten im Bezirk Gries, geeignet für Gewerbe, zu vermieten. Tel. 71 24 36

Zu verschenken

Blaupunkt **Autoradio** „Hamburg RCM 148“ an Selbstabholer. Tel 32 87 73 (abends).

Zu verkaufen

Damenfahrrad „Venice Onyx“ anthrazitfarben, Alu-Leichtrahmen, Gabelfederung, Rahmenhöhe 46 cm, Komfortsattel, abnehmbarer Leichtmetall-Einkaufskorb, „Intersport“ Garantie- und Leistungs-pass, neuwertig, Euro 150.- Tel. 32 17 80 oder lizzz@utanet.at

Entrümpelung

Wir entrümpeln und entsorgen prompt und zuverlässig zu günstigen Bedingungen! Montag bis Freitag ab 14 Uhr unter Tel: 0664/ 877 57 91.

Gesucht: Kaffeehaus-einrichtung

Wir suchen gebrauchte und günstige Möbel (Tische, Stühle, Külschrank, Spüle, usw.) für die Einrichtung eines Kaffeehauses. Tel: 0316/225 931.

Oekorente!

Sinnvoll Geld anlegen! www.oekorente.com

Toskana-Amiata-Olivenöl

Die Lizenz zum Genießen! **Olio extra native vergine**, Ölsäuregehalt nur ca. 0,23%; 0,5ml Flasche 11 Euro.

Pecorinokäse 100% Schafsmilch, 100 gr. 2,30 Kontakt: toscanaverde Tel. 0039-7321-278652 Fax: 0039-7321-278652 illenberger@toscanaverde.info

Neuer Treffpunkt

Ab nun trifft sich die Parteigruppe **Red:out** jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Klosterwiesgasse 2 (Nähe Jakominiplatz). Der nächste Termin ist somit der 7. Mai 2007.



Der Zentralverband der Pensionisten

lädt zum **gemütlichen Donnerstags-treffen** ein! Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen. **Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr** im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Psychische Probleme: Verein Quo Vadis hilft

Das Angebot des gemeinnützigen Vereins „Quo Vadis“ umfasst die psychologische Beratung und Behandlung bei psychischen Problemen, die juristische Beratung bei rechtlichen Fragen, Unterstützung bei der Bewältigung von Alltagsanforderungen und die notwendige mobile Begleitung

bei Arztbesuchen oder Behördenwegen.

Durch die professionelle Unterstützung direkt im Lebensumfeld sollen die Betroffenen die Möglichkeit bekommen, ihren Alltag zu meistern, Krisen zu überwinden und neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Diese Dienstleistung kann

Dank öffentlicher Fördermittel (Land Steiermark und Bundessozialamt) kostenlos in Anspruch genommen werden. Infos gibt es beim Verein Quo Vadis, Friedhofgasse 21/1/1, 8020 Graz. E-Mail: office@quo-vadis.at, Web: www.quo-vadis.at, MobilTel: (0699) 12 27 14 60.

Bilder einer Ausstellung



Johannes Schmidt stellt Teile seines Schaffens in der Galerie „Bild und Glas Bergmann“ in der Sparbersbachgasse 27 aus. Schmidt, Rechtsanwalt in Pension, malt seit Jahren Bilder mit skurrilen und grotesken Figuren in verschiedenen Techniken. Rund 50 Ausstellungen im In- und Ausland hat er bereits gemacht. Besichtigung und Verkauf bis 5. Mai.

FOTO: EDELTRUD ULBL-TASCHNER

TERMINE – Im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

Mo, 7. Mai, 19 Uhr. Vortrag und Diskussion:

„Hände weg von Kuba - Respekt vor der Souveränität Kubas“

Diskussion über das Verhältnis zwischen Europäischer Union und Kuba. Mit einer VertreterIn der Kubanischen Botschaft.

VeranstalterInnen: Botschaft der Republik Kuba und Kulturverein CHE



Sa, 12. Mai, 18 Uhr, Lesung:

Florence Hervé: Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist!

VeranstalterInnen: KPÖ Frauen, KSV

Do, 24. Mai 2007, 19 Uhr, Volkshaus Graz:

„Das Geschäft mit dem Glücksspiel“

Sucht-ExpertInnen schlagen Alarm: Immer mehr Menschen sind spielsüchtig! Existenzen werden ruiniert, und Familien zerstört. Alleine in der Steiermark sind 16.000 Menschen betroffen. Rund ein Drittel der Spielsüchtigen ist noch keine 18 Jahre alt. Das Elend der SpielerInnen steht den Profiten der Glücksspiel-Betreiber gegenüber. Wer sind diese Profiteure? Welche Auswege und Hilfestellungen gibt es für Betroffene?

Diskussion mit **Labg. Ernest Kaltenegger, Mag. Felix Ehrnhöfer (Jurist/Wien), Betroffenen und Suchtexperten.**

www.bildungsverein.kpoe-steiermark.at
Bildungsverein der KPÖ Steiermark. Lagergasse 98A, 8020 Graz
Tel. 0316/22 59 31 - E-Mail: leo.kuehberger@kpoe-steiermark.at



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Öffentlicher Verkehr: Wie finanzieren?

Mehr als 13 Millionen Euro fehlen heuer in den Kassen der GVB, statt notwendiger neuer Fahrzeuge werden ausrangierte Wiener Garnituren aufgemöbelt. Wir fragten, wie unsere Leser den Öffentlichen Verkehr finanzieren würden:

Ich denke an einen Ausbau der Park & Ride Parkplätze. Und auch die Umlandgemeinden sollen etwas zum öffentlichen Verkehr beitragen. Renate S., 8053 Graz

Ich bin für eine Nahverkehrsabgabe, weil man benützt Bim + Bus für die Einkaufstour in die Stadt. Oder macht man Stadtrundfahrten oder Besichtigungstouren? Nein!

Rother K., Graz

Mehr Park + Ride Plätze, dadurch gebe es auch eine größere Auslastung von Bus und Bim.

Gunde Z., Graz

Meine Meinung zum Öffentlichen Verkehr ist, dass man sich anderweitig finanziert. Eine Abgabe von 120,00 im Jahr ist für mich unvorstellbar, da die Einhebung der Kosten zu Problemen führen wird bzw. einen höheren Administrativen Aufwand bringt, der die halben Einnahmen auffrisst.

Die Nahverkehrsabgabe klingt gut, fragt sich nur, wer das finanziert. Eine Einstellung der Öffis liegt schon lange in der Schublade, genauso wie der Ausbau (Zahlen lassen sich gut und gerne ändern, Papier ist geduldig).

Ulrike F, 8020 Graz

Unsere Leser waren übrigens durchwegs dafür, dass wie in Wien die Unternehmer eine Nahverkehrsabgabe pro Angestelltem bezahlen. Nur eine Reaktion bezog sich darauf, dass die GVB privatisiert, Linien eingestellt und die Fahrpreise erhöht werden. Mit der Idee von Bürgermeister Siegfried Nagl, dass jeder Grazer 120 Euro pro Jahr zahlen soll, wollte sich niemand anfreunden.

Luxus Medikament

Für Austern und Kaviar bezahlt man in Österreich den begünstigten Steuersatz von 10%. Für lebenswichtige Medikamente hat man dagegen den Luxussteuersatz von 20% zu berappen. In Schweden ist für rezeptpflichtige Medikamente gar keine Mehrwertsteuer zu bezahlen.

Der österreichische Apotherverband fordert die Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel. Bisher vergeblich. Keine Senkung, keine Abschaffung.

Ein völlig anderes Schicksal erfuhr dagegen die Erbschaftsteuer. Es begünstigt die Erben der Wohlhabenden, also jener, die ihren Kaviar zu Lebzeiten auch bereits zu begünstigten Steuersätzen erwerben durften. Der hohe Mehrwertsteuersatz auf Medikamente trifft natürlich Menschen mit niedrigerem Einkommen ungleich schwerer.

Dazu ist zu bedenken, dass kranke Menschen ja viele ihrer Medikamente selbst bezahlen müssen, weil aus Einsparungsgründen diese von der Krankenkasse nicht, oder nicht mehr, bezahlt werden. Der hohe Steuersatz verursacht aber auch für das gesamte Gesundheitssystem einen erheblichen Mehraufwand.

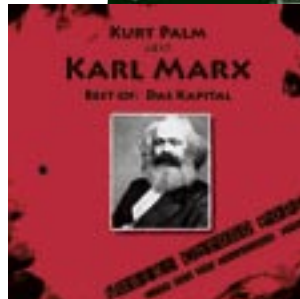
Es ist zu befürchten, dass diese Regierung uns noch viel Kopfschmerzen bereiten wird, für deren Beseitigung wir ebenfalls den Luxussteuersatz zu berappen haben werden. Denn mit Kaviar geht das nicht.

Edeltrud Ulbl-Taschner, Graz

TOSCANA
Ferien am Monte Amiata
Dei Venti/Seggiano
ein unvergleichbarer Ort
der Besinnung
der Gesinnung
in der Natur
mit der Natur



Vermietungen: www.amiata.de
Tel./Fax 0039-0564-950852
mobil 0039-338-1539818



KPÖ-Bildungsverein im Volkshaus GRAZ

Broschüre: „Die Reichen in der Steiermark“
Buch: „Öffentliches Eigentum“ (ISBN 978 3 9501986 3 8)
Audio CD: „Kurt Palm“.

... und vieles mehr!

Erhältlich bei:

KPÖ-Bildungsverein,
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Tel. 0316 / 22 59 31

bildungsverein@kpoe-steiermark.at

Bei der Eröffnung am 1. Mai im Volkshaus gibts auch eine großen **Bücher-Flohmarkt** (viele Kriminalromane).

PSYCHOLOGIE & LEBENSBERATUNG

SEMINAR:

„BURNOUT – WENN NICHTS MEHR GEHT...“

Am Samstag, 5. Mai 2007

Von 9.00-12.00 Uhr und
14.00 -17.00 Uhr (Mittages-
essen im Haus möglich)

Burnout ist zwar jeder/m irgendwie ein Begriff, aber was genau verstehen wir tatsächlich darunter?

Das Seminar mit Dr. Karin Klug, Klinische- Gesundheits- und Arbeitspsychologin beschäftigt sich eingehend damit.

Kostenbeitrag: Euro 55,-
Raiffeisenhof, 8052 Graz,
Krottendorferstraße 81
Tel.: 0316/8050-7111, Fax:
0316/8050-7151, Email:
raiffeisenhof@lk-stmk.at

GRAZER TIERECKE

Hunde suchen ein neues Zuhause:
Alle sind laut empfohlenem
Impfplan geimpft.



XANTA

Geb. 26.3.97, Mutter Schäfer, Vater Labrador; eine schon etwas ruhige aber agile Dame, die sehr empfänglich für Streicheleinheiten ist und sehr zugänglich für jede Art von Zuspruch; Geht gerne Schwimmen. Begonnene Ausbildung als Therapiehund - abgebrochen, da sie durch einen autounfall schwerst verletzt war.



BALU

geb. Okt 98, Mutter Leonberger, Vater Bernhardiner, äußerst veschmust und liebesbedürftig, wasserscheu, agil aber nicht ausdauernd, wachsam; Kein Einzelgänger, liebt es in Gesellschaft zu sein.



SUMO

Geb. April 02, Mutter Neufundländer, Vater vermutlich Bernhardiner/Schäfer, sehr schlank, bei Unbekannten anfangs weniger zugänglich als die beiden anderen, freundlich, verschmust und verspielt.

Mobiltel: 0664 / 92 41 767
Anrufbeantworter
unter 03133 / 2820

REISE
ZUR
INSEL



RAB

Di, 5. Juni bis Sa, 9. Juni 07
Preis inkl Busfahrt, HP, DZ
Euro 195,00
Information und Anmeldung
Zentralverband der Penionisten:
Tel. 71 24 80
(10 - 14 Uhr)
E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

Für den 8-Studentag!

Maiaufruf der KPÖ

Wer hätte gedacht, dass die arbeitenden Menschen am 1. Mai 2007 für den 8-Stunden-Tag und gegen die 60-Stundenwoche demonstrieren müssen? Es ist aber so. Die SPÖ hat im Regierungseinkommen dem Druck der Großkonzerne auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit voll und ganz nachgegeben. Was ÖVP und FP im Zeichen der „sozialen Kälte“ nicht geschafft haben, gelingt jetzt einem Gusenbauer. Das steht im Koalitionsabkommen der österreichischen Bundesregierung:

- Generelle Ermächtigung an den Kollektivvertrag, die tägliche Normalarbeitszeit auf bis zu 10 Stunden anzuheben
- 12-Stunden-Schichten durch Kollektivvertrag bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit
- Anhebung der täglichen Normalarbeitszeitgrenze bei Gleitzeit auf 10 Stunden.
- Lockerung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge.

Am 1. Mai gehen wir gegen diese Verschlechterungen auf die Straße und fordern eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Mindestsicherung von 848 Euro. Das Geld dafür ist vorhanden: Das zeigen die Millionenprofite der Großkonzerne und die Steuergeschenke für die Unternehmer.

Am Nachmittag sind alle Menschen zum

Maifest

im Grazer Volkshaus
Lagergasse 98a
herzlich eingeladen!
(Freier Eintritt)



Heraus zum
1. Mai
mit der Grazer
KPÖ!

1. Mai-Demo



DEMONSTRATION:

10.00 Treffpunkt Südtiroler Platz

11.00 Maidemonstration
über Hauptbrücke und Hauptplatz zum
Eisernen Tor. Abschlusskundgebung.

Maifest

im Volkshaus Lagergasse 98 a
ab 14 Uhr: Eröffnung des
KPÖ-Bildungszentrums im Volkshaus

15.00 Musik:

9dinger und die
geringfügig Beschäftigten

17.00 Musik:

**the perfect styrian
Sound ramblerz**

KPÖ

9dinger und die geringfügig Beschäftigten

Frontfrau Beatrix Neundlinger, ehemals Mitglied der legendären Schmetterlinge, versammelt mit den „Geringfügig Beschäftigten“ Adula Ibn Quadr, Alfred Stütz, Peter Rosmanith und Peter Marnul einen Trupp erlesener Musiker um sich und verbindet in zeitkritischen Liedern Alltagssituationen mit weltpolitischen Geschehen.

Kinderprogramm

Bücher-Flohmarkt

Essen&Trinken

